

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzjährig . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbringung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Worte und Taten.

Eben noch konnte man es in dem Prager deutschgeschriebenen Regierungsorgan lesen, daß Präsident Masaryk in einem Interview die Meinung geäußert habe, daß die Regierung die nichttschechischen Nationen im Staate „keineswegs zu unterdrücken wünsche“, daß das demokratische Prinzip der Mehrheit „nicht so sehr vorrechte, als vielmehr Pflichten der verantwortlichen Führung des Staates verleih“, daß er überzeugt sei, die „Verstimmung“ der Deutschen werde bald schwinden und daß es „erfichtlich“ ist, wie sich „die deutschen Staatsbürger immer mehr mit unserem Staate verfühnen.“ Das ist der verfühnlische Teil der Ausführungen Masaryks, der hierbei auch manches zwecklos Verbitternde sagte, denn wenn er erklärte, daß sich die Deutschen der Administration werden widmen können, „sobald sie den Staat voll anerkennen werden“, so muß dies angesichts der Haltung, welche die deutsche Bevölkerung gegenüber dem Staate bewahrt hat, obwohl ihnen in bezug auf ihre Staatszugehörigkeit keine Wahl gelassen wurde, als eine ungerechte Kränkung, wenn nicht als etwas ärgeres, aufgefaßt werden. Immerhin: unter den Worten Masaryks gab es auch solche, die einen verfühnlischen Geist zeigen. Die Druckerhörze, mit welcher das Interview gedruckt wurde, war noch nicht trocken, als den Worten die Tat folgte: die politische Landesverwaltung hat dem Reichenberger Magistrat die Geschäfte einer politischen Behörde erster Instanz entzogen und der politischen Bezirksverwaltung in Reichenberg zugewiesen. Damit hat die Regierung — denn es ist gewiß, daß nur über ihren Auftrag diese Maßregelung der Reichenberger Stadtverwaltung vorgenommen wurde — gezeigt, wie sie „keineswegs wünscht“, zugunsten des tschechischen Imperialismus die anderen Nationen zu unterdrücken, sie hat gezeigt, wie sie die ihr auferlegten „Pflichten der verantwortlichen Führung des Staates“ auch weiterhin zu erfüllen gesonnen ist, und wie sie sich bemüht, die „Versöhnung der deutschen Staatsbürger“ mit dem Staate zu betreiben.

Die Verfügung der politischen Landesverwaltung ist ein unerhörter Anschlag auf die Gemeindeautonomie, ein Vorstoß des Prager Zentralismus, der rücksichtslos herrschen will und darauf ausgeht, die ohnehin verlummete Selbstverwaltung der Gemeinden aufzuheben. Als Vorwand dient dem tschechischen Zentralismus die Behauptung, daß sich der Magistrat in Reichenberg bei seiner Amtsführung als Behörde erster Instanz im Verkehr mit den Parteien, Beamten und Militärkommanden ausschließlich der deutschen Sprache bedient habe. Der Erlaß der Landesverwaltung beruft sich auf „hierarchische Befehle und Verordnungen“, doch ist es Tatsache, daß die Reichenberger Stadtverwaltung auch nicht ein einziges Mal verwahrt und auf die Folgen ihrer Handhabung der — übrigens höchst ungerechten — sprachlichen Vorschriften aufmerksam gemacht wurde. Dem Zentralismus, als dessen Vollzugsorgan die Landesverwaltung hierbei arbeitete, war es nicht darum zu tun, das Sprachengesetz zur Anerkennung zu bringen, als nur darum, der Gemeindeautonomie einer deutschen Stadt den Todesstoß zu versetzen. Den ersten Schritt dazu bildet die unter dem Deckmantel der Entlastung der Gemeindefinanzen in fast allen größeren Städten bereits durchgeführte Verstaatlichung der Polizei, der zweite, noch weit wirkungsvollere, ist die Entziehung des wichtigsten Teiles der Agenden der Gemeinden. Bei der Stadt Reichenberg, die fast hundert Jahre lang die Geschäfte der politischen Verwaltung erster Instanz verah, wurde der Anfang gemacht. Wer die Bedenkenlosigkeit der Prager Machthaber kennt, weiß, daß es bei dem einen Falle nicht bleiben wird.

Das Attentat der Regierung auf den Reichenberger Magistrat steht aber auch mit dem Recht in scharfem Widerspruche. Mit Recht

Berschärfung der Kampfes in der chemischen Industrie.

Vor dem Generalstreik. — 75% der Aufziger chemischen Arbeiter für den Ausstand.

Auffig, 10. April. (Eigenbericht.) Die Arbeiterschaft des Vereines für chemische und metallurgische Produktion in Auffig stimmte in der Nacht und im Laufe des Dienstag über den Streik ab. Von den 1700 beschäftigten Arbeitern gaben 1459 ihre Stimmen ab. In der Abstimmung ergaben sich für den Streik 1094 Stimmen gleich 75%, gegen den Streik stimmten 323 gleich 22%, ungültig oder leer waren 42 Stimmzettel. Die Versammlung der Belegschaft der chemischen Fabrik nahm zu der geschaffenen Lage Stellung und beschloß, den Streik in der chemischen Fabrik Mittwoch um zwei Uhr nachmittags in Kraft treten zu lassen. Die wichtigsten Apparate werden solange bedient werden, bis sie entleert sind, ohne daß die Produktion weitergehen würde. In den übrigen Betrieben soll eine Abstimmung der Arbeiterschaft stattfinden; es dürften im Laufe des Mittwoch noch die Centra-Werke in Krásko, das Ultramarinwerk in Karbík und die Selsfabrik in Lobošitz in den Streik treten. Es wurde ein Zentralstreikkomitee gewählt, das aus Vertretern des internationalen Verbandes der Arbeiter der chemischen Industrie, des internationalen Metallarbeiterverbandes und des Prager allgewerkschaftlichen Verbandes besteht; die Zentralstreikleitung befindet sich in der Verbandskanzlei des chemischen Verbandes in Auffig, Dresdenerstraße 22, Telephon 18. Die Vertrauensmännerversammlung tritt an die Behörden mit dem Ansuchen heran, während der Dauer des Kampfes für das Aufziger Gebiet den Ausschank von gebranntem Alkohol zu verbieten. Die Arbeiterschaft der Schichtwerke wird nach den letzten Bestimmungen der Betriebsleitung Mittwoch früh um sechs Uhr die Arbeit verlassen, jedoch wurde der Betriebsausschuß in letzter Stunde von der Entlassung ausgenommen, da die gesamte Entlassung in vollkommenem Widerspruch zu den Bestimmungen des Betriebsausschusses steht. Nachdem dem Betriebsausschuß kein Recht der Mitwirkung gegeben war, wird gegen die Entlassung bei der Schiedskommission die Klage eingebracht werden. Die Betriebsausschüsse in den freistehenden Werken werden selbstverständlich den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend in den Betrieben verbleiben. Insgesamt werden im Aufziger Gebiet annähernd 5000 Arbeiter auf der Straße stehen, die Bewegung dürfte sich jedoch noch weiter ausbreiten, so daß im Gebiete der Republik annähernd 8000 Arbeiter in den Kampf einbezogen werden dürften. Die Behörden hatten sich in anerkenntniswerter Weise bemüht, noch in letzter Stunde einen Ausgleich herbeizuführen, doch scheiterten alle Versuche an der Hartnäckigkeit der Unternehmer. Sollten diese auch die letzte Frist verstreichen lassen, so werden die Arbeiter entschlossen in den Kampf treten, den sie auf dem Boden ihrer Gewerkschaft durchführten werden.

Ein großes Gendarmerieaufgebot bereits in Auffig.

Auffig, 10. April. (Eigenbericht.) Die politische Bezirksverwaltung in Auffig hat ein größeres Gendarmerieaufgebot nach Auffig beordert, das sich vorläufig allerdings noch nicht auf den Straßen zeigt. Die Vertrauensmännerversammlung protestierte gegen dieses Vorgehen, das nur geeignet ist, Unruhe zu erregen, und bietet sich an, den Ordnungsdienst selbst zu organisieren.

Monarchistisches aus Ungarn.

Wien, 10. April. (Eigenbericht.) Der ungarische Abgeordnete Szalas ersuchte nach der Trauermesse, die heute in Budapest für Karl Habsburg stattfand, den Präsidenten der Nationalversammlung, eine dringliche Anfrage an die Regierung richten zu dürfen, ob das Gesetz vom Jahre 1921, durch das die Habsburger ent-

thront wurden, noch wirksam sei. Er begründete die Anfrage durch die großen außenpolitischen Gefahren der monarchistischen Propaganda, die durch Formlichkeiten wie die heutige ein offizielles Gebräuge erhalte. Nach einer Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten verweigerte der Präsident der Nationalversammlung der Anfrage das Dringlichkeitsrecht, jedoch sie erst in der nächsten Woche zur Besprechung kommen wird.

wird in der von unseren Genossen im Abgeordnetenhaus eingebrachten Interpellation ausgeführt, daß der Reichenberger Magistrat im Weisen der Stadtrat ist, der sich bei der Erledigung der ihm als politische Behörde erster Instanz zugewiesenen Angelegenheiten als Magistrat bezeichnet. Der Stadtrat aber ist eine autonome Behörde, für welche eine gesetzliche Verpflichtung zur Amtierung in der tschechischen Sprache nicht besteht. Ebenso entscheidend ist die Tatsache, daß die das Sprachengesetz zu regelnde Durchführungsverordnung noch gar nicht herausgegeben wurde und daß über die sprachlichen Verpflichtungen des Magistrats die instanzmäßige Entscheidung noch aussteht. In jedem anderen Falle, wenn es sich um eine tschechische Gemeinde gehandelt hätte, wären die sich beschwerenden Parteien auf den Instanzenweg verwiesen worden. Hier ging, weil es sich eben darum handelte, der Autonomie einer deutschen Gemeinde den Genickstoß zu versetzen, die Regierung sofort mit der Auflösung des Magistrates vor und erkannte der allfälligen Berufung gegen diese Verfügung auch jede aufschiebende Wirkung ab.

In der tschechischen Auslandspropaganda werden nach wie vorher die Schalmeyen der Friedfertigkeit ertönen. Wieder wird man, wie

Die belgische Sozialdemokratie, der Ruhrkonflikt und Leo Winter

Der Parteitag der belgischen Sozialdemokraten in Brüssel gab unter anderem auch dem tschechischen Sozialdemokraten Leo Winter Gelegenheit, die Stimmung und Gesinnung der belgischen Genossen aus unmittelbarer Anschauung kennen zu lernen. Ober hätte ihm wenigstens die Gelegenheit dazu geben können, doch hat er sie in übelster Weise veräußert. Zum Beweise dessen genügt es, Leo Winters Eindrücke vom Parteitag, die er im Sonntagsblatt des „Pravo Lidu“ veröffentlicht, mit der großen Rede zu vergleichen, die Vandervelde auf eben diesem Parteitag gehalten hat. Von dieser Rede und ihren Gedankengängen tut Winter, trotzdem sie das Bekenntnis des führenden belgischen Genossen und damit wohl auch der überwiegenden, ihrer Verantwortlichkeit bewußten Parteimehrheit darstellt, mit keiner Silbe Erwähnung; dafür beruft er sich, um die Richtigkeit dessen zu erhärten, was er von vornherein sehen und hören wollte, auf einen „alten Senator, Funktionär verschiedener internationaler Organisationen“, und auf einen „führenden belgischen Genossen“; wie sie heißen, erspart er sich vorzichtsvoll zu sagen. Und doch würden einen die Namen dieser beiden nationalistischen Wölfe, die da im Schafspelz der sozialdemokratischen Parteizugehörigkeit einherlaufen, lebhaft interessieren, denn der fanose „Senator und internationale Funktionär“ sprach zu Dr. Winter also:

„Wir haben nichts gegen das deutsche Volk. Doch wenn wir sehen, wie es seine Regierung nicht zur Bezahlung dessen zu zwingen vermag, was es uns schuldet, so müssen wir es selbst zwingen. Gern gingen wir nicht an die Ruhr und es macht uns keine Freude, dort zu sein. Aber wir sind überzeugt, daß die Deutschen ohne diesen Druck nicht dazu zu haben wären, die uns zugefügten Unbilden gutzumachen.“ Poincaré konnte sich nicht freudiger zum Dogma der Gewalt bekennen als Dr. Winters „Senator“, und doch fand auf dem Parteitag, dem Dr. Winter als Gast und Zeuge beiwohnte, der erste Mann der Partei, Vandervelde, die folgenden mutigen Worte: „Ich will hier nicht untersuchen, ob die Ruhrbesetzung dem Buchstaben des Vertrages von Versailles entspricht. Aber was ich behaupte, ist, daß der Einmarsch in das Ruhrgebiet, der durch einige Verfehlungen bei den Lieferungen von Kohle und Holz bestimmt worden ist, ein Akt des Zwanges und der Vergewaltigung war, gegen den die Arbeiter aller Länder protestieren. Das wirtschaftliche Ergebnis der Besetzung ist verhängnisvoll. Die Zeitungen verüben uns, daß täglich 2000 Tonnen nach Frankreich und Belgien geschickt werden. Vor der Besetzung erhielten wir 35.000 Tonnen täglich. Man hofft zwar, daß die Kohlelieferungen sich erhöhen werden, aber während wir sie vor der Besetzung gratis bekamen, müssen wir heute dort 75.000 bis 100.000 Mann unterhalten. Das ist eine unfinnige Politik, die uns zum Ruin und zur Arbeitslosigkeit führt.“

Wir verstehen vollkommen, daß der Vertreter der „tschechischen Sozialdemokratie“, die als einzige proletarische Partei der kapitalistischen Freiheitspartei Poincarés ohne das leiseste Wort des Protestes mit verstrickten Armen zuschaut, die Anklage Vanderveldes gegen die eigene, schwer mitschuldige Regierung nur mit dem größten Unbehagen anhört und dafür das Zwangsevangeliem seines anonymen „Senators“ wie köstlichen Wein geschlürft hat, aber dann nenne er doch nicht seinen Bericht, die Tatsachen umfärbend, „vom belgischen Sozialismus“, sondern er überschreibe ihn wahrheitsgemäß: „Auch unter den belgischen „Sozialisten“ haben wir Gesinnungsbrüder im Chauvinismus.“

Ebenso beurteilen Winters namenlose Gewährsmänner und Vandervelde die Genügsamkeit des deutschen Proletariates zur Wiedergutmachung ganz verschieden. Nach Winter wird Hilferding's Meinung, daß für Deutschland nicht nur die rechtliche, sondern auch die sittliche Verpflichtung bestehe, die zerstörten Gebiete neu aufzubauen und Frankreich und Belgien vor neuen Einfällen der Deutschen zu schützen, „nur vom aufgefärbtesten Teil der deutschen Sozialdemokratie“ gebilligt. Hingegen „lehnen es die Arbeitermassen im Verein mit den übrigen Schichten des deutschen Volkes ab, sich zu den übernommenen Verpflichtungen zu bekennen.“ Es fällt schwer, diese Behauptung, die Dr. Winter auf den Bericht einer an die Ruhr geschickten Kommission von Parteigenossen stützt, mit Vandervelde's gewiß nicht

aus der Luft gegriffene Urteil in Einklang zu bringen, wenn er ausführt: „In unseren industriellen Bezirken gibt es viele Genossen, die sich der deutschen Besetzung erinnern, der erduldeten Leiden, der erschossenen Männer und Frauen, der niedergebrannten Volkshäuser. Sie sagen zu uns: „Wir können das nicht vergessen“. Wir sollen nicht vergessen. Aber auf gefühlsmäßige Erinnerungen kann man nicht begründen. Und wir sollen uns der Leiden Belgiens erinnern, indem wir sagen: Das darf nicht wieder sein! (Beifall.) Reparationen müssen geleistet werden. Man muß Deutschland ständig daran erinnern, daß es uns gegenüber eine Schuld hat. Das sozialistische Deutschland erkennt diese Schuld an. Aber die Reparationen sind nur möglich durch eine internationale Verständigung. Was gegenwärtig mit brutaler Deutlichkeit zum Ausdruck kommt, ist die Unfähigkeit der Regierungen, das Problem zu lösen, und aus dieser Unfähigkeit ist die Politik der Gewalt geboren worden, die diese Unfähigkeit noch erhöhen wird. Um das Problem der Wiedergutmachungen zu lösen und den Frieden zu sichern, müssen die Arbeiter sich verständigen und in den verschiedenen Ländern die Regierungsmacht ergreifen.“

„Müssen die Arbeiter sich verständigen“ — das Wort sollte dem Genossen Dr. Winter ins Gewissen brennen, denn was er im Bunde mit dem „Senator“ und dem „führenden Genossen“ betreibt, ist nicht Verständigung, sondern deren unheilvolles Gegenteil. Da schreibt er den belgischen Arbeitern die Ueberzeugung zu, daß sie „an direkten und indirekten Steuern“ weit mehr zahlen als die deutschen Klassengenossen, er unterschlägt also seinen tschechischen Lesern das zum Himmel schreiende, an Rußlands Hungergeuel gemahnende Elend des deutschen Proletariats und stellt dafür den belgischen Notbauern die neuen deutschen — Bankpaläste gegenüber. Als ob das Bank- und Industriekapital heute nicht in aller Welt am Volksgut verbroderlich freubele! Und als ob nicht auch in Prag, wo doch die tschechischen Sozialdemokraten in der Regierung sitzen, ein prächtiges Bankhaus neben dem anderen aus der Erde wüchse! Und wieder hätte sich Dr. Winter, was die Meinung der belgischen Arbeiter über Deutschlands Finanzkraft anlangt, bei Genossen Vandervelde rats erholen können: „Selbst Arbeiter, die für die Sozialisten stimmen“, hören wir da, aber bürgerliche Blätter lesen, sagen, daß, wenn wir 50 Milliarden Schulden haben, die Deutschen zahlen werden. Das ist eine schwere Illusion. Denn selbst wenn Deutschland seine Gesamtschuld zahlen würde, genügt das nicht, um die belgische Schuldenlast zu beseitigen. Eine energische Politik ist notwendig. Wenn wir eine demokratische Regierung hätten, würde sie zunächst die Wiedergutmachungen nicht durch Zwang, sondern durch Verständigung lösen. Sie würde dann die Erbschaftsteuer erhöhen, das Monopol auf Alkohol, Tabak und Versicherungen einführen. Schließlich würde sie eine Kapitalsteuer erheben. Das ist unsere Politik.“

Der belgischen Sozialdemokratie eignet, was aus jedem dieser Worte atmet, Einsicht, Verständigungswille und entschlossene Gegnerschaft gegen das innen- und außenpolitische System der diversen Bourgeoisregierungen Europas. Von all dem ist in Leo Winters Parteitagbericht nichts, aber auch nichts zu spüren, er läßt die Seele der belgischen Arbeiterschaft erfüllt sein von Mißtrauen, Reid und dem Glauben an den Nutzen der Gewalt. Und indem er diese falsche Meinung weckt, erfüllt er seine Parteigenossen hierzuland mit der gleichen verhängnisvollen Gesinnung, erweitert er die Kluft zwischen dem deutschen und dem tschechischen Proletariat, wo nur internationale Einigkeit Europa fortzueilen kann vom Rande des Abgrunds, an dem es dahintommt. So zu handeln wäre selbst

dann falsch, wenn all die trüben Gefühle wirklich in der Brust jedes belgischen Arbeiters lebten. Da aber Vanderveldes Zeugnis, das jeder Teilnehmer des Parteitages kennen mußte, das ge-

Gegen die Verteuerung des Zuders.

Eine im Abgeordnetenhaus eingebrachte Interpellation der Abgeordneten Genossen Fischer, Dietl und Cermak an die Gesamtregierung wegen der Verteuerung des Zuders besagt:

Das Zudersyndikat hat in seiner Sitzung am 5. April 1923 eine Erhöhung des Zuderspreises von 4 Kronen 30 Heller auf 4 Kronen 95 Heller für 1 Kilogramm, also um 65 Heller durchgeführt. Diese Erhöhung beträgt 15 Prozent. Es ist das die zwölfte Verteuerung während der laufenden Kampagne, denn Anfang Jänner 1. J. wurde der Preis von 4 K 5 h auf 4 K 30 h erhöht. Diese beiden Preis erhöhungen betragen somit gegenüber dem Eröffnungspreise der neuen Kampagne 23 Prozent. Die jetzige Erhöhung fällt in die Zeit der schwersten Wirtschaftskrise und der großen Arbeitslosigkeit und trifft darum breite Schichten der Bevölkerung doppelt schwer, während der Großteil der Rohzudersfabriken und Raffinerien ungeheure Gewinne erzielt. Die jetzige Zulkerpreishöhung ist aber auch deshalb von großer Bedeutung, weil die Verhandlungen über den Zuderspreis für das Jahr 1923 jetzt geführt werden. Für die Bestimmung des Rübenpreises sind die jeweiligen Zuderspreise sehr maßgebend. Der jetzt erhöhte Zuderspreis rückt somit die Gefahr nahe, daß die neuen Rübenpreise auf der Basis der ungerechtfertigten erhöhten Zuderspreise fixiert werden. Dadurch würde eine erhebliche Verteuerung des Zuders auch für das Jahr 1924 herbeigeführt werden.

Die Interpellanten richten deshalb an die Gesamtregierung die Anfrage:

1. Was gedenkt sie zu tun, und welche Maß-

nahmen hat sie ergriffen, um die vom Zudersyndikat beschlossene Preishöhung unwirksam zu machen?

2. Gedenkt die Regierung, ihren Einfluß geltend zu machen, damit nicht aufgrund der jetzigen außerordentlichen Zuderspreise der Rübenpreis für die heutige Rübenenernte festgesetzt wird?

Eine offizielle Beschwichtigungsmeldung.

Das tsch. P. B. verlautbart: Der Ausschuß der koalitierten Parteien beschäftigte sich in seiner am 10. d. M. stattgefundenen Sitzung unter anderem mit der letzten Erhöhung der Zuderspreise. Dabei wurde konstatiert, daß der Handel mit Zulker gemäß dem heutigen Rechtszustande zwar vollkommen frei ist, und daß die Verteuerung ohne Bissen und Befragen der Regierung vorgenommen wurde, daß aber zur Verteuerung dieser Ware für den heimischen Konsum auch nicht die geringste Berechtigung vorliegt. Die bei der Zulkerproduktion in Betracht kommenden Preise der Rohstoffe und Arbeiterlöhne sind gegen früher herabgesetzt worden und wenn ein späteres Steigen der Zuderspreise auf den Weltmärkten die Ausfuhr in das Ausland lukrativer gestaltet, so kann das keinesfalls ein Grund für eine Verteuerung im Inlande sein. Die koalitierten Parteien haben einstimmig die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Zudersindustrie auf das entschiedenste einen Standpunkt einnehmen wird, welcher nicht nur die Interessen der Konsumenten, sondern auch des Staates sicherstellt.

Der neue Mieterchutz.

Nach vielwöchigen Verhandlungen der Koalitionsparteien ist endlich der Entwurf des neuen Mieterchutzgesetzes, das für ein weiteres Jahr gelten soll, zustandekommen. Er stellt in seinen Hauptzügen ein Geschenk für die Hausherren dar, die Mieter werden zum Ersatz nur mit ganz geringen Gaben abgespeist. Das charakterisiert die Machtverhältnisse in der Koalition am besten, denn der Schutz der Eigentümer, der so kräftig angebahnt wird, ist auf das Konto der Nationaldemokraten zu buchen, die mageren Bissen für die Mietersparteien erzählen von der fragwürdigen Kraft der tschechischen Sozialdemokraten in der Regierung.

Das beträchtlichste Ergebnis des Aushandels unter den Parteien ist, daß keinerlei prinzipielle Bestimmung aufgefunden ist, welche die Bautätigkeit heben könnte, sondern daß die schwere Mehrbelastung der Mieter einzig und allein den Hausherren zugute kommt. Man könnte sich mit einer allgemein zulässigen Zinssteigerung halbwegs einverstanden erklären, wenn aus ihrem Ertrag ein Baufond des Staates oder der Gemeinden angelegt würde. Davon ist keine Rede. Was die Inwohner mehr berappeln müssen, steht der bedauernswerte, ansonsten zum Hungertod verurteilte Hausbesitzer ein.

Und dessen ist nicht wenig. Er darf nämlich auch die ärmste Wohnpartei, sofern sie eine Kleinwohnung besitzt, bis zu 20 Prozent jener Mietsteigern, die sie im August 1914 zahlte. Der

Luzus einer Zweizimmerwohnung mit Küche wird bis zu 40 Prozent und jener einer Dreizimmerwohnung gar mit 60 Prozent vom Augustzins 1914 gestraft. Die Mietzinserhöhungen für Vertriebsstätten sind je nach deren Größe mit 30, 40 und 60 Prozent abgestuft. Diese splendide Gabe an die ohnehin mit Besitz Gesegneten wird namentlich der proletarisierte Mittelstand der Beamten und Angestellten bitter zu spüren bekommen, denn der hat aus Friedenszeiten noch häufig Zwei- und Dreizimmerwohnungen, kann sie nicht ausgeben, weil kleinere Ertragswohnungen fehlen und darf nun den großen Mehraufwand von den Abzügen decken, zu denen ihn Betriebe und Staat großmütig verurteilt haben. Die kleinste Erhöhung bis zu 20 Prozent trifft meistens Arbeiter. Sie wird ziffermäßig nicht so hoch sein, aber in der heutigen Krisenzeit, wo der Arbeiter sich oft mit Bettelgehältern zufrieden geben und wieder jede Krone umdrehen muß, wird sie dennoch sehr weh tun. — Daß Mieter, deren Einkommen mehr als 60.000 K beträgt, oder deren Gewerbe gar jährlich über 250.000 K abwirft, bis zu 120 Prozent gesteigert werden dürfen, scheint auf den ersten Blick recht und billig, aber gerade hier wird es am ärgsten fühlbar, daß die Öffentlichkeit an dem Mehrertrag nicht beteiligt ist. Die Besitzer von Luxus-Mietpächtern erhalten so eine Extraprämie, die Bautätigkeit wird in der Richtung anspornt, elegante Wohnungen zu errichten, der Kleinwohnungsbau wird lahmgelegt und die Heere der Wohnungslosen dürfen zu-

schauen, wie gerade die reichsten Hausherren ihre Einkommen verdoppeln, ohne einen Heller für gemeinnützige Wohnungsbauten hergeben zu müssen. Hier sollte das Parlament, wenn es für soziale Erwägungen nicht ganz verloren ist, einen Niegel vorschieben und wenigstens eine Bestimmung schaffen, die jedem Hausbesitzer seine zwanzig Prozent sichert, den Ueberschuß darüber hinaus aber für die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung ausnimmt.

Statt dessen haben die sozialistischen Parteien vorläufig im Entwurf bloß genauere Feststellungen durzusetzen vermocht, wann der Hausherr die obengenannten Prozentbeträge noch erhöhen und Zuschläge vornehmen darf. Sie sind an Mehrkosten aus Flurbelichtung, Kanalisation u. dgl. gebunden, dürfen nicht willkürlich, sondern nur von Gemeindevorgen bestimmt werden und müssen, wenn es sich um dauernde Adaptierungen handelt, auf mehrere Jahre aufgeteilt werden. Die durch den höheren Mietbetrag erhöhten Steuern zu überwälzen ist verboten. Als Schlußstimmen stellen sich ferner die Paragraphen dar, welche das Rückforderungsrecht für Abfindungsummen, die bei Neuvermietungen unter dem Vorwande des Möbelkaufes u. dgl. erprecht wurden, normieren und welche die phantastischen Abmähungspreise der Möbel bei Aftervermietungen einschränken. Gerichtliche und schiedsrichterliche Entscheidungen sind hier vorgegeben, an deren praktischem Werte darf man füglich zweifeln, denn die Wohnungsmieter finden immer hundertlei Wege und die Mieter sind heute mit gutem Grund furchtbar eingeschüchert. Will man schon vorbeugen, so würde es sich jedenfalls empfehlen, dem Hausherrn auch ausdrücklich zu verbieten, daß er mehrjährige Vorauszahlungen für Wohnungen fordere, ebenso müßten alle Arten von Abfindung als zurückverlangbar festgestellt werden. Ammerhin ist es zu begrüßen, daß die weniigen Energischen nun eine Sandbabe besitzen, ihre Rechte zu verteidigen. Geschützt werden schließlich die wohnungslosen Hinterbliebenen von Mietern, dafür werden so und so viele andere für vogelfrei erklärt.

Die Kündigungsparagraphen nämlich sind beträchtlich, um fünf Punkte, erweitert. Rückstand in nicht strittiger Miete begründet einen raschen Hinauswurf, ebenso von amtswegen verfolgte strafbare Handlungen gegen den Hausherrn und dessen Familie, Eigentumsdelikt gegen andere Parteien und Ausweisung aus der Tschechoslowakei. Hier zieht auf einmal die Politik in den Mieterchutz ein, der Denunziation „unpatriotischer Neuerungen“ und dergleichen winkt der Lohn einer verfügbaren Wohnung. Besitzer zweier Wohnungen können der einen von beiden verlustig werden, sobald sie ihrer nicht zu Erwerbszwecken bedürfen. Zu begrüßen ist, daß Vermieter, die trotz gerichtlichen Urteils die von ihnen geforderten Aftermietpreise nicht herabgesetzt haben, mit Kündigungen bestraft werden können. Ist die Gewerbeberechtigung eines Mieters erloschen, darf man ihm die bisherigen Betriebsräume wegnehmen, eine Maßregel, die in der Praxis zu vielen Härten führen wird. Reiche Leute mit einem Vermögen von anderthalb oder Gesellschaften mit einem Besitz von zwanzig Millionen verlieren, wenn sie selbst Häuser in der gleichen Gemeinde ihr Eigen nennen, jeden gesetzlichen Schutz. Dafür wird dieser auf Kurorte ausgedehnt.

Diese kurze Blütenlese der wichtigsten Bestimmungen belegt unsere einleitende Behauptung: die den Mietern auferlegten Lasten bereichern in willkürlicher und ungleichmäßiger Weise gerade die bestgestellten Hausherren, die Öffentlichkeit geht leer aus. So muß ein soziales Ge-

Religiöses Werden.

Zu Arno Nabels „Der Ton“.

Von Felix Stössinger (Berlin).

Die gewaltige Umwälzung aller alten und hergebrachten Begriffe ist auch an der Sozialdemokratie nicht spurlos vorübergegangen. Gewiß gibt es heute in Europa keine Partei, die in gleicher Weise wie die Sozialdemokratie die Propheetin der Ereignisse war und die Schwärmerin des Zusammenbruchs zu sein hat. Aber der große und unsterbliche Gedanke von Marx, daß alle Dinge eine Entwicklung haben und die ökonomischen Kräfte immer vom neuen unserer gesellschaftlichen Leben und unsere Ideen um- und umformen, bewahrt sich selbstredend nicht nur an der Welt, die wir bekämpfen, sondern auch an der, die wir vertreten.

So kann man denn auf vielen Gebieten eine erfreuliche Entwicklung und Weiterbildung sozialistischer Anschauungen, besonders geisteswissenschaftlicher Art feststellen. Auch auf dem Gebiet, das selbst Marx als die höchste Form der Spiegelung der Verhältnisse im Reich des Ideellen anerkannte, auf religiösem Gebiet, ist dies der Fall.

In der alten Vorkriegssozialdemokratie (und dementsprechend leider noch heute in einem Teil der Parteipresse) war die Religion ein „überwundener“ Standpunkt. Marx selbst war zwar eine Persönlichkeit von der Seherkraft und (auf seinem Gebiet) der Gläubigkeit alttestamentarischer Propheten, aber zugleich erbien er und Engels den materialistischen Atheismus des bürgerlichen Zeitalters der Revolution als die damals fortgeschrittenste Form religiöser Anschauungen.

Gerade als Marxisten haben wir allen An-

laß, auch einen sich gegen Dogmen richtenden Dogmatismus abzulehnen und stets vom neuen zu suchen, was uns Wahrheit dünkt. Untersuchen wir mit den Mitteln unserer heutigen Religionswissenschaft die marxische Kritik, so haben wir den Eindruck, als ob gerade dieser sich revolutionär dünkende Atheismus nichts anderes ist als der Ausdruck einer bürgerlichen Befangenheit dem Weltgange gegenüber.

Marx erklärt ja alle Religion als Befangenheit der in Unklarheit über die ökonomische Wahrheit lebenden Masse. Aber der bedenkenlose, auf seine immer wieder fragliche naturwissenschaftliche Erkenntnis so stolze Atheismus ist ja auch nur eine Form der Befangenheit, die allerdings ins Gegenteil umgeschlagen ist und vor lauter Schmutz und Seichtheit alle Schemen vor den Räuseln des Lebens verloren hat.

Der moderne Sozialist ist gegenüber dem hier gezeichneten, einer älteren Zeit angehörenden Typus von harter religiöser Zehnsucht: erfüllt, wie überhaupt heute ein großer Teil der Menschheit. Wer die Arbeiterjugend, wer die Jungsozialisten, die in verschiedenen Bänden organisierten religiösen Sozialisten Deutschlands gut kennt, der muß mit einem Gefühl der Ergriffenheit konstatieren, daß sich allen Parteidogmen zum Trotz eine neue religiöse Anschauung Bahn bricht. Horcht auf die Stimme der Dichter! Die neuen sozialistischen Dichter, und zwar gerade die stärksten Begabungen, wie Gertrud Engelke, haben religiösen Charakter, und die endlich beginnende: Einführung des Proletariats in die Dichtungen von Walt Whitman, dem ersten und zugleich frömmsten Dichter der neuen Zeit, ist ohne die religiöse Sehnsucht nach neuen Vätern der Menschheit nicht zu erklären.

Allerdings, mit banalen Vorurteilen zu begnügen, soll gleich gesagt werden, die religiös-

sozialistische Bewegung hat mit den Kirchenreligionen nichts gemein. Der Sozialist begreift zwar das Werden der Kirche, aber auch der religiöse Sozialist, selbst der überzeugte Christ, wird allen Einfluß der Kirche auf unser politisches Leben rundweg ablehnen. Religion ist — in der Politik und Gesellschaft — Privatfache. In künftigen Jahrhunderten, wenn wir wieder eine lebendige Religion haben werden, die weder mit unserem Wissen noch mit unserem Willen in Widerspruch steht, die nicht das Volk verdammt, sondern es erhebt, die der gottgefüllte Ausdruck einer heiligen und sündlosen Erdengemeinschaft ist — dann, erst dann wird der hohe Zustand wiederkehren, daß Religion das Leben und Denken des ganzen Volkes tief erfüllt, daß der Gebildete sich nicht von der Religion als einer Sache für den dummen Böbel trennt, sondern in ihrem Geiste wirkt und schafft, der Priester wieder Volksführer und der Künstler Priester ist und alles Leben sich wieder in einem Absoluten bündelt, das man dann wohl noch immer Gott nennen wird, auch wenn dieses Wort eine ganz andere Vorstellung in sich schließen wird als heute.

Aber auch das müssen wir wissen: Solange wir nur eine religiöse Sehnsucht haben, die sich in religiös gestimmten Kunstwerken ausdrückt, haben wir noch keine Religion. Denn Religion ist weder Kunst noch Wissenschaft, sondern ein Drittes. Religiöse Empfänglichkeit kann jedem Menschen beschieden sein. Religion als eine neue Bindung zwischen Mensch und Gott setzt eine neue Vorstellung, ein neues Wissen von Gott und seinen Plänen, vom Verhältnis des Menschen zum Unendlichen voraus. Aus der Idee des Lebens, die natürlich von den ökonomischen Verhältnissen in letzter Instanz bestimmt ist) ergibt sich eine Idee Gottes oder auch umgekehrt: aus der Idee Gottes, die ein religiöses Genie kon-

zipiert, empfängt er eine Idee von der Aufgabe unseres Lebens. Vereint sich beides, wird die göttliche Idee als Auftrag verstanden, das Leben zu verändern (wie es zum Beispiel bei Deutschlands größtem Revolutionär Thomas Münzer der Fall war), dann ist Gott und Leben eines und die Voraussetzung zu einer großen, langwährenden und segensvollen Kultur ist geschaffen.

Heute wirken nun wieder viele auf uns ein, die solche religiöse Ideale ersehnt haben. Tolstoi, Kierkegaard, Dostojewski, Strindberg waren Männer dieses Schlages, und ihre gewaltige Wirkung auf uns ist nur durch ihre revolutionäre Religiosität, durch ihren religiös verhältnissen Kampf gegen die bestehende Gesellschaft zu erklären. Wir als Sozialisten verlangen allerdings, daß die religiöse und die gesellschaftliche Revolution eines seien. Wir begnügen uns nicht mit der religiös verhüllten Revolution, wie wir allerdings, besonders nach den Erfahrungen der deutschen Revolution, auch wissen, daß eine nicht von großen, geistigen Impulsen getragene Revolution schnell leer verpufft. Aber solange beides nicht da ist, müssen wir alle Bewegungen und geistigen Kämpfe und Veränderungen des Wissens verfolgen und uns mit ihrem Besten erfüllen. Vielleicht wird man einmal nur das, was im zwanzigsten Jahrhundert auf diesem Gebiet geleistet worden ist, künftig noch der Geshichte würdig halten.

Unter den religiösen Dichtern und Dichtern unserer Tage nimmt nun ein Mann eine hervorragende Stellung ein, der auch durch eine große Reihe revolutionärer Gedichte gezeigt hat, wo er steht. Ich meine Arno Nabel und sein religiöses, durch und durch revolutionäres neues Werk, den „Ton“.

„Der Ton“ ist ein großes Gedichtbuch, das aus etwa dreitausend Gedichtstücken besteht, in neun Teile gegliedert ist und nicht Gedichte aller

mentkunft der Vertreter der Organisationen der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei im 18. Stockwerk. Es hatten sich 68 Delegierte und 27 Gäste, welche 10.130 Mitglieder der politischen Organisationen vertreten, eingefunden. Für den Reichsvollzugsausschuss und den Abgeordnetenklub waren Abg. Ulrich, für den Landesvollzugsausschuss Abg. Bocisk und Redakteur Fil zugegen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in welcher sie außer anderem das Vorgehen und die Taktik der Partei billigt und der Vertretung der Partei in der bisherigen Koalition zustimmt. Weiters spricht sie dem Vollzugsausschuss, den Abgeordneten und den Senatoren der Partei ihr Vertrauen aus, und fordert die Beibehaltung des bisherigen Verhaltens im Parlamente. Schließlich wird feierlich erklärt, daß an der Einheit der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei festgehalten wird. Allen Anhängern wird es zur Pflicht gemacht, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung alle Spaltungen und Versuche der einheitlichen Partei abzulehnen. Außerdem nahm die Versammlung noch eine Entschließung betreffend die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Republik, namentlich in der Slowakei, an.

Die Vorbereitungen zur Revision des Pressgesetzes gehen vorwärts. Das „Pravo Lidu“ zeigt

an, daß in der vergangenen Woche bereits die interministerielle Beratungen über dieses Gesetz begonnen haben und zwar sei vor allem die Frage der Verantwortlichkeit der Redakteure und die Frage der Zensur behandelt worden. Die Fragen, die der interministeriellen Beratung vorgelegt wurden, lauteten dahin, ob der Autor gemeinsam mit dem verantwortlichen Redakteur zur Redenschaft gezogen werden soll. Das würde bedeuten, daß der Redakteur nur bedingt verantwortlich wäre, wenn nämlich der Autor nicht erütert werden könnte. Weiters soll entschieden werden, ob auch weiterhin die „pflichtgemäße Obföhrge“ bestehen bleiben soll, damit der Redakteur in dem Falle, in welchem er wegen irgend eines Verbrechens nicht verfolgt werden kann, wegen Vernachlässigung pflichtgemäßer Obföhrge zur Verantwortung gezogen werden könnte. Ueber die Zensur ist man sich noch nicht im Klaren. Die interministerielle Beratung soll entscheiden, ob die bisherige Praxis beibehalten werden soll, oder ob man sich nicht dem ungarischen Gesetz anpassen soll, welches zwar nicht die Zensur kennt, aber dem Staatsanwalt das Recht vorbehält, die Auflage mit Beschlagnahme und die Strafverfolgung durchzuführen für den Fall, als sich die Zeitung einer Straftat schuldig gemacht hat. Eine Entscheidung über diese Fragen wird erst in der nächsten interministeriellen Konferenz fallen.

stand heranzuführen, daß die deutsche Regierung die nun keine klar ausgearbeiteten Vorschläge vorzulegen habe. In dieser Richtung betonen die Blätter, daß, wenn die deutsche Regierung auch jetzt noch einen solchen Vorschlag vorlegen würde, sie das gutmachen würde, was sie so lange verweigert hat, und es müßte dieser Schritt ihrerseits keine Kapitulation bedeuten.

Die sächsische Regierung fordert vom Reich Verhandlungen.

Dresden, 10. April. Der neue sozialdemokratische Ministerpräsident Dr. Zeigner gab heute die mit Spannung erwartete Regierungserklärung ab. Er wandte sich zunächst gegen den Ruhreindruck der Franzosen, verlangte aber dann von der Reichsregierung eine aktive Politik positiver Vorschläge. Die sächsische Regierung lege Gewicht darauf, daß nach ihrer Ansicht eine Verständigung mit Frankreich ohne ein großes Opfer der besitzenden Klasse Deutschlands nicht denkbar sei. Solange der Egoismus der besitzenden Klassen nicht dieser Ansicht weiche, seien ihre Reden über den französischen Rechtsbruch und ihr Appell an das Rechtsgewissen und an das Kulturgefühl der Welt nur unwahre und zwecklose Deklamationen. Das Reich müsse einen Sanierungsplan ausarbeiten und den großen Unternehmer- und Arbeitnehmer-Organisationen vorher vorlegen. Der Minister kündigte dann ein Arbeitnehmeramtengesetz, ein Landwirtschaftsamtengesetz und eine Anleihe an und verteidigte zum Schluß die geplante Errichtung von Arbeiterwehren. Er betonte, die Republik in Deutschland sei in Gefahr, deren beste Stütze das Proletariat sei. Die Reichswehr sei in Verbindung mit reaktionären und faschistischen Organisationen geraten. Man könne es der Arbeiterschaft nicht verwehren, wenn sie zum Schutze der Republik Maßnahmen treffe, um im Bedarfsfalle unter der Leitung der staatlichen Polizei die Republik zu schützen. Die sächsischen Arbeiterabwehrorganisationen seien nicht bewaffnet und würden sich jeder provokatorischen Handlung enthalten.

Unruhen in Memel.

Konno, 9. April. (Gta.) In Memel wurden in der Nacht vom 7. April alte deutsche Statuen zu Provokationszwecken niedergeworfen. Am 8. April nachmittags sammelte sich in der Memeler Vorstadt Smelci eine Anzahl Deutscher, die von den Führern der dortigen alldutschen Organisation „Heimatbund“ angestachelt wurden. Da die Menge der wiederholten Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge leistete und die litauische Wache zu bedrohen begann, war diese genötigt, von der Waffe Gebrauch zu machen, wobei eine Person getötet und sechs verletzt wurden. Gleichzeitig wurde in der Stadt Schilua (im Memeler Gebiet) der Streik proklamiert. Die Urheber dieser Unruhen sind fremde Elemente, Führer des „Heimatbundes“, welche auf Grund der Berichte aufstehen, die von deutschen Mäthern verbreitet werden, daß man in Paris den Litauern anbiete, sich mit den Polen in das ganze Gebiet Litwens zu teilen. Die Führer des „Heimatbundes“, und zwar dessen Vorstand Orlovski, Sekretär Kuno und ein Redakteur der „Memeler Rundschau“, wurden aus dem Memeler Gebiete nach Deutschland ausgewiesen und die heimischen Urheber der Unruhen verhaftet. (Es ist zu beachten, daß es sich um einen amtlichen Bericht des litauischen Pressbüros handelt. Man muß also die vorgebrachten Anschuldigungen mit äußerster Vorsicht aufnehmen. D. Red.)

Der Bergarbeiterstreik in Steiermark.

Graz, 10. April. (A.B.) Heute fanden zwischen der Alpine-Motangefellschaft und dem Verbands der Bergarbeiter Verhandlungen statt. Die Alpine-Motangefellschaft verlangt vom Verbands der Bergarbeiter die Erklärung, daß nach der Samstag bei der Betriebsrätekonferenz in Graz geschlossenen Vereinbarung kein Grund mehr für die Fortführung des Ausstandes bestehe, somit die Arbeit wieder aufgenommen werden würde. Der Verband der Bergarbeiter lehnte diese Forderung ab und verlangte, daß vorher in Lohnverhandlungen eingegangen werde. Daraufhin wurden die Verhandlungen in Leoben abgebrochen, der Ausstand dauert daher sowohl in Ober- als auch in Mittelsteiermark fort.

Martows Feuerbestattung.

Berlin, 10. April. (Eigenbericht.) Die Einäscherung des Genossen Julius Martow fand unter großer Beteiligung sozialistischer Trauergäste heute nachmittags hier statt. Worte des Abschieds sprachen unter anderen die Genossen Dan, Crispian (für die Wiener Arbeitsgemeinschaft), Otto Wels (für die Zweite Internationale) und Abramowitsch. Auch Maxim Gorki war bei der Feier anwesend. Aus fast allen Ländern Europas waren Kranzpenden eingelaufen.

Eine christlichsoziale Versammlung in Budapest verboten.

Wien, 10. April. (Eigenbericht.) In den Budapest kommunalen Betrieben ist seit einigen Tagen die Arbeit eingestellt. Heute verbot die Polizei den christlichsozialen Stadtangestellten die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung. Es ist das erstmal, daß eine christlichsoziale Versammlung unter dem christlichnationalen Regime in Budapest verboten wird.

Konstantinopel, 10. April. (Savas.)

Die Nationalversammlung nahm mit 186 von 206 Stimmen den Antrag Geher auf Errichtung der Eisenbahnliesen Samsum-Sivas-Angora-Erzurum-Amurialki-Samsun an.

London, 10. April. (A.R.)

Nach einer amtlichen Meldung aus Dublin wurde in den Kämpfen südlich von Clonmel der Führer der Aufständischen Pion Lynch gefangen genommen. Er war in dem vorhergegangenen Gefecht ernstlich verwundet worden.

Verständigungswille trotz alledem!

Cuno: „Auch heute am Grabe sind wir bereit, in freie Verhandlungen einzutreten.“

Berlin, 10. April. (Eigenbericht.) Reichskanzler Cuno betonte bei der Trauerfeier im Reichstag neuerlich die Verhandlungsbereitschaft Deutschlands. Der entscheidende Satz: „Auch heute, am Grabe, sind wir bereit, in freie von jedem Zwange freie Verhandlungen einzutreten“, blieb zwar im offiziellen Bericht weg, da ihn der Kanzler anscheinend in letzter Minute in den fertigen Text einschob, gewinnt aber dadurch nur umso größere Bedeutung. An zwei Stellen im Reich, in Berlin durch den Kanzler Cuno, an den offenen Gräbern in Essen durch den Sprecher der Kruppischen Arbeiter, hat das deutsche Volk heute, an einem der schmerzlichsten Tage seiner Geschichte, trotz allem ihm zugesagten Unrecht zur Verständigung und zur Herbeiföhrung des dauernden Friedens sich ausgesprochen.

Das Begräbnis der Opfer von Essen.

Essen, 10. April. (Wolff.) Die Toten der Kruppwerke sind heute unter Teilnahme der gesamten Bevölkerung des Ruhrgebietes beigesetzt worden. Die Arbeit ruhte in allen Betrieben. Die Särge waren im Lichtofen des Hauptverwaltungsgebäudes der Kruppischen Gußstahlfabrik aufgebahrt. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach sprach zum Andenken der Gefallenen ehrende Abschiedsworte. Arbeiter trugen die Särge ins Freie. 60.000 Mann der Kruppischen Belegschaft schritten den drei Leichentragern voran. Die Spitze bildete eine Fahnengruppe mit vielen Hunderten von Fahnen, dann folgten die Scharen der Kranzträger, die u. a. auch einen Kranz des Reichspräsidenten und der Reichsregierung trugen. Hinter den Leichentragern schritten die Teilnehmer der Trauerfeier. Die Bevölkerung Essens stand zu Tausenden in den Straßen, welche der Zug passierte. Auf dem Friedhof sprach als Vertreter des Betriebsrats Schlosser Brehme. Er sagte u. a.: Unsere Kollegen haben alles versucht, um Zusammenstöße mit dem französischen Militär zu vermeiden. Aber blinder Militärgewalt raffte dreizehn in blühendsten, hoffnungsvollsten Jahren stehende Kollegen dahin. Nicht rohe Gewalt darf siegen bei den Auseinandersetzungen der Völker, sondern der Wille zur friedlichen Verständigung der Völker untereinander auf der Grundlage des Rechtes, muß und wird die Oberhand gewinnen.

Die Trauerfeier im Reichstage.

Berlin, 10. April. (Wolff.) Heute fand im Reichstage eine Gedächtnisfeier für die Essener Opfer statt. An dieser Feier nahmen teil: Reichspräsident des Reichskabinetts, die preussische Regierung, Vertreter der Länder und Parlamente, Behörden, Gewerkschaften, Beamtenverbände u. a. Das Orchester der Staatsoper leitete die Feier mit dem Trauermarsch aus Beethovens „Eroica“ ein. Hiernach führte der Reichskanzler aus: „Die Essener Märtyrer begegneten der Gewalt nicht wieder mit Gewalt, sondern setzten ihr einen waffenlosen Widerstand entgegen. Das furchtbare Bild dieses Blutopfers liegt klar da: Recht und Arbeit auf der einen, Gewalt und Unrecht auf der anderen Seite. Keinem französischen Soldaten wurde ein Haar gekrümmt, aber fünfzig deutsche Arbeiter liegen in ihrem Blut da. Die Schuld trifft die französischen Machthaber, die zur Durchsetzung ihrer rechtlosen und erfolglosen Politik Tausende von Deutschen, weil sie nicht Gehilfen des Unrechts sein wollten, vertrieben. Hunderte einkerkerten und zahlreiche Menschenleben vernichteten. Die heute bestatteten Toten mögen der französischen Gewalt das Maß der Entschlossenheit zeigen, die von Maschinengewehren im Einzelnen ihrer Träger vernichtet, niemals aber im ganzen Volke gebrochen werden kann. Es wird die Frage ausgekämpft, ob die graufame Zeit des Mittelalters wiederkehren soll, da fremde Her-

ren über ganze Völker wie über Sklavenherden schalteten. Namens der Toten frage ich die Völker der Erde, wie lange sie noch warten wollen, ehe diesem notwendigen Mißbrauch der Gewalt ein Ende geboten wird. Zur Erzielung einer Verständigung boten wir Geld, Gut und Sicherheiten, selbst als noch der Feind im Lande stand. Man hörte nicht darauf. Es geschah alles zur Vermeidung und Abföhrung des Ruheinmarsches. Künftig wird nichts unterbleiben, was dem Lande Freiheit und Frieden geben kann. Diese müssen aber gesichert sein. Die Reparationspflicht muß auf das Maß des Erfüllbaren zurückgeführt werden. Die Erde, in welche wir heute die elf Gräber bestatten, muß frei werden von Fuß und Hand des Feindes, den in Gefangenschaft und Verbannung Leidenden müssen die Freiheit und die Heimat wiedergegeben werden. Es kann keiner Regelung zugestimmt werden, welche den Rhein und die Ruhr in territorialer und verfassungsmäßiger Richtung antastet. So lange der Gegner zu einer solchen Regelung nicht bereit ist, muß der passive Widerstand von dem ganzen Volke mit voller Entschlossenheit und der gleichen Besonnenheit wie bisher fortgesetzt werden.

Noch ein Todesopfer von Essen.

Essen, 10. April. (Wolff.) In der vergangenen Nacht ist wieder einer der am Karfreitag in den Kruppwerken Schwerverletzten seinen Verbwundenen erlegen.

Stinnes vorübergehend verhaftet.

Dortmund, 10. April. (Wolff.) Hugo Stinnes ist heute früh auf dem Bahnhof Scharnhorst von französischen Soldaten aus dem Schlafwagen herausgeholt worden und wird vorläufig in einem Gepäckwagen gefangengehalten. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu der Verhaftung Stinnes erfährt, sind Herr und Frau Stinnes anlässlich der Gepäckrevision verhaftet worden. Auf schwarzem Protokoll Stinnes konnte dieser später seine Reise in das besetzte Gebiet fortsetzen.

Ministerverhaftungen im Ruhrland.

Berlin, 10. April. (Wolff.) Der Staatssekretär der Reichsjustiz, Hamann, der im Auftrage der Reichsregierung sich zu den Besetzungsfestlichkeiten nach Essen begeben wollte, ist gestern von den Franzosen in Scharnhorst verhaftet worden. Die ebenfalls in Haft genommenen Abgeordneten, ehemaliger Reichspostminister Wiesberts und der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald sind heute früh wieder aus der Haft entlassen worden.

Drängen der englischen Öffentlichkeit auf einen deutschen Vorstoß.

London, 10. April. (Tsch. B.-B.) Aus den Äußerungen der englischen Presse zum Besuch Loucheurs ist ein gewisser Unwille über den Um-

stand heranzuführen, daß die deutsche Regierung die nun keine klar ausgearbeiteten Vorschläge vorzulegen habe. In dieser Richtung betonen die Blätter, daß, wenn die deutsche Regierung auch jetzt noch einen solchen Vorschlag vorlegen würde, sie das gutmachen würde, was sie so lange verweigert hat, und es müßte dieser Schritt ihrerseits keine Kapitulation bedeuten.

Die sächsische Regierung fordert vom Reich Verhandlungen.

Dresden, 10. April. Der neue sozialdemokratische Ministerpräsident Dr. Zeigner gab heute die mit Spannung erwartete Regierungserklärung ab. Er wandte sich zunächst gegen den Ruhreindruck der Franzosen, verlangte aber dann von der Reichsregierung eine aktive Politik positiver Vorschläge. Die sächsische Regierung lege Gewicht darauf, daß nach ihrer Ansicht eine Verständigung mit Frankreich ohne ein großes Opfer der besitzenden Klasse Deutschlands nicht denkbar sei. Solange der Egoismus der besitzenden Klassen nicht dieser Ansicht weiche, seien ihre Reden über den französischen Rechtsbruch und ihr Appell an das Rechtsgewissen und an das Kulturgefühl der Welt nur unwahre und zwecklose Deklamationen. Das Reich müsse einen Sanierungsplan ausarbeiten und den großen Unternehmer- und Arbeitnehmer-Organisationen vorher vorlegen. Der Minister kündigte dann ein Arbeitnehmeramtengesetz, ein Landwirtschaftsamtengesetz und eine Anleihe an und verteidigte zum Schluß die geplante Errichtung von Arbeiterwehren. Er betonte, die Republik in Deutschland sei in Gefahr, deren beste Stütze das Proletariat sei. Die Reichswehr sei in Verbindung mit reaktionären und faschistischen Organisationen geraten. Man könne es der Arbeiterschaft nicht verwehren, wenn sie zum Schutze der Republik Maßnahmen treffe, um im Bedarfsfalle unter der Leitung der staatlichen Polizei die Republik zu schützen. Die sächsischen Arbeiterabwehrorganisationen seien nicht bewaffnet und würden sich jeder provokatorischen Handlung enthalten.

Unruhen in Memel.

Konno, 9. April. (Gta.) In Memel wurden in der Nacht vom 7. April alte deutsche Statuen zu Provokationszwecken niedergeworfen. Am 8. April nachmittags sammelte sich in der Memeler Vorstadt Smelci eine Anzahl Deutscher, die von den Führern der dortigen alldutschen Organisation „Heimatbund“ angestachelt wurden. Da die Menge der wiederholten Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge leistete und die litauische Wache zu bedrohen begann, war diese genötigt, von der Waffe Gebrauch zu machen, wobei eine Person getötet und sechs verletzt wurden. Gleichzeitig wurde in der Stadt Schilua (im Memeler Gebiet) der Streik proklamiert. Die Urheber dieser Unruhen sind fremde Elemente, Führer des „Heimatbundes“, welche auf Grund der Berichte aufstehen, die von deutschen Mäthern verbreitet werden, daß man in Paris den Litauern anbiete, sich mit den Polen in das ganze Gebiet Litwens zu teilen. Die Führer des „Heimatbundes“, und zwar dessen Vorstand Orlovski, Sekretär Kuno und ein Redakteur der „Memeler Rundschau“, wurden aus dem Memeler Gebiete nach Deutschland ausgewiesen und die heimischen Urheber der Unruhen verhaftet. (Es ist zu beachten, daß es sich um einen amtlichen Bericht des litauischen Pressbüros handelt. Man muß also die vorgebrachten Anschuldigungen mit äußerster Vorsicht aufnehmen. D. Red.)

Der Bergarbeiterstreik in Steiermark.

Graz, 10. April. (A.B.) Heute fanden zwischen der Alpine-Motangefellschaft und dem Verbands der Bergarbeiter Verhandlungen statt. Die Alpine-Motangefellschaft verlangt vom Verbands der Bergarbeiter die Erklärung, daß nach der Samstag bei der Betriebsrätekonferenz in Graz geschlossenen Vereinbarung kein Grund mehr für die Fortführung des Ausstandes bestehe, somit die Arbeit wieder aufgenommen werden würde. Der Verband der Bergarbeiter lehnte diese Forderung ab und verlangte, daß vorher in Lohnverhandlungen eingegangen werde. Daraufhin wurden die Verhandlungen in Leoben abgebrochen, der Ausstand dauert daher sowohl in Ober- als auch in Mittelsteiermark fort.

Martows Feuerbestattung.

Berlin, 10. April. (Eigenbericht.) Die Einäscherung des Genossen Julius Martow fand unter großer Beteiligung sozialistischer Trauergäste heute nachmittags hier statt. Worte des Abschieds sprachen unter anderen die Genossen Dan, Crispian (für die Wiener Arbeitsgemeinschaft), Otto Wels (für die Zweite Internationale) und Abramowitsch. Auch Maxim Gorki war bei der Feier anwesend. Aus fast allen Ländern Europas waren Kranzpenden eingelaufen.

Eine christlichsoziale Versammlung in Budapest verboten.

Wien, 10. April. (Eigenbericht.) In den Budapest kommunalen Betrieben ist seit einigen Tagen die Arbeit eingestellt. Heute verbot die Polizei den christlichsozialen Stadtangestellten die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung. Es ist das erstmal, daß eine christlichsoziale Versammlung unter dem christlichnationalen Regime in Budapest verboten wird.

Konstantinopel, 10. April. (Savas.)

Die Nationalversammlung nahm mit 186 von 206 Stimmen den Antrag Geher auf Errichtung der Eisenbahnliesen Samsum-Sivas-Angora-Erzurum-Amurialki-Samsun an.

London, 10. April. (A.R.)

Nach einer amtlichen Meldung aus Dublin wurde in den Kämpfen südlich von Clonmel der Führer der Aufständischen Pion Lynch gefangen genommen. Er war in dem vorhergegangenen Gefecht ernstlich verwundet worden.

feh in einem Staat ausüben, der von einer all-nationalen Koalition regiert wird.

Ein zweiter Gesetzentwurf enthält außer gewöhnliche Bestimmungen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge.

Ein dritter Gesetzentwurf endlich behandelt die Umformung der sogenannten „Lex Meißner“.

Die Baubewegung.

Prag, 10. April. Der heutigen Sitzung des Finanzausschusses des Wirtschaftsbeirates lag der Entwurf der Durchführungsverordnung zum Gesetze über die Baubewegung vor.

Steueradministrationen bei Bestimmung des Charakters von Kleinwohnungen nicht nach dem Buchstaben, sondern im Sinne des Gesetzes vorzugehen.

Ferner hatte der Finanzausschuss über den Gesetzentwurf auf Herabsetzung der Erwerbsteuer für das Jahr 1923 zu beraten.

Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf Änderungen des Verzeichnisses der Luxusgegenstände.

Vor der Beendigung der ungarischen Regierungskrise.

Wien, 10. April. (Eigenbericht.) Aus Budapest wird gemeldet, daß die Gruppe Gömbös nicht aus der Regierungspartei austreten.

Das Wesen, das „Der Ton“ findet, ist als Gott kein anderer Gott als das Wesen des chinesischen Tao, des hinduistischen Brahman, als Yahwe und als Christi liebender Vater.

„Der Ton“ spricht, wie über alle Fragen Gottes, auch über das Verhältnis von Gott und Mensch.

Man hat nur enge Begriffe vom Sozialismus, wenn man solche Gottesweisheit und Sehnsucht mit ihm nicht vereinbaren kann.

Die Maßregelung der Stadt Reichenberg.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde folgende Interpellation der Abgeordneten Genossen Roscher, Schäfer und Dr. Czsch an den Minister des Innern betreffend die Einschränkung des Wirkungsbereiches des Magistrates Reichenberg eingebracht:

Die politische Landesverwaltung hat mit einem Erlasse vom 6. April 1923 dem Magistrat Reichenberg, richtig dem Stadtrate der Stadtgemeinde Reichenberg auf Grund des § 53, Absatz 2 der Reichenberger Gemeindeordnung die Geschäfte einer politischen Behörde erster Instanz vom 16. April 1923 an entzogen.

In erster Linie ist zu bemerken, daß, wenn der Magistrat das Sprachengesetz nicht beachtet haben sollte, es Sache der Parteien und allenfalls der Behörde gewesen wäre, ihn zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu verhalten.

Der zitierte Erlaß der politischen Landesverwaltung ist aber ein neuerlicher Schritt auf dem Wege zur Einschränkung der Selbstverwaltungskörper.

Der Magistrat in Reichenberg ist im Wesen der Stadtrat selbst, der sich der Erledigung des ihm als politische Behörde erster Instanz zugewiesenen Angelegenheiten als Magistrat bezieht.

Die Interpellanten glauben, daß eine Behörde zur Einhaltung gesetzlicher Vorschriften im Wege von Entscheidungen hierzu kompetenter höherer Behörden zu verhalten ist.

Da somit der Erlaß im Gesetze nicht begründet ist, ihm alle sachlichen und formalen Voraussetzungen fehlen, und da er insbesondere einen schwereren Eingriff in die Gemeinde-Autonomie bedeutet, stellen die Interpellanten an den Minister des Innern die Anfragen:

- 1. Wie rechtfertigt er die erfolgte Verfüzung? 2. Ist er bereit, den Erlaß der politischen Landesverwaltung sofort außer Wirksamkeit zu setzen? 3. Ist er zum mindesten bereit, der einzubringenden Verfassungsaufschiebende Wirkung zuzuerkennen.

einem einzigen Begriff, der der sozialistischen Wirtschaftslehre widerspricht. Ja noch mehr: eine solche Idee des von Gott gewollten Lebens, das in der Luft aller Menschen und im Glück aller Wesen, der Heiligen, der Armen, der Tiere, der Fische, seine planvolle Vollendung findet.

Es liegt mir fern, hier auf diesem begrenzten Raum eine auch nur annähernd zusammenhängende Darstellung der Lehre des „Tons“ zu geben. Was ich wollte, war: auf die Bedeutung einer großen religiösen Dichtung von vertieftem Wollen aufmerksam zu machen.

Abgeordnetenhaus.

In der gestrigen Sitzung, die nur von kurzer Dauer war, wurden unter anderem auch die neuen Wohnungsgesetze auf den Tisch des Hauses gelegt.

199. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 4.25 Uhr nachmittags.

Nach der Zuweisung einiger Vorlagen an die zuständigen Ausschüsse wird auch dem Immunitätsausschuß das Gesuch des Landesstrafgerichtes in Prag um Auslieferung des Abg. Dr. Kubisek zwecks strafgerichtlicher Verfolgung wegen des Verbrechens des Betruges eventuell der Defraudation zugewiesen.

Das Haus geht in die Tagesordnung ein und verhandelt zunächst den Ausschussbericht über die Durchführung der internationalen Opiumkonvention vom 23. Jänner.

Dem sozialpolitischen Ausschuss werden die Wohnungsgesetze mit einer siebenstägigen Verhandlungsfrist, dem Wehr- und Budgetausschuß das Gesetz über die Militärtage mit einer 14stägigen Frist, und dem verfassungsrechtlichen Ausschuss der Verlegervertrag mit einer 14stägigen Frist zugewiesen.

Nächste Sitzung Dienstag 17. April, 4 Uhr nachmittags mit folgender Tagesordnung: Bericht des Budgetausschusses über die Rechnungsausschlüsse für das Jahr 1918 und 1919 und zweite Lesung der Gesetzesvorlage über die Durchführung der internationalen Opiumkonvention.

Inland.

Die Unterjagung des Moralunterrichtes an den öffentlichen Volksschulen. Unter dem 27. Jänner 1923 hat der Landes Schulrat für Böhmen an alle Bezirkschulnauausschüsse nachstehenden Erlaß gerichtet:

Mit Erlaß vom 2. Dezember 1922, Z. 13034-1-1922 hat das Ministerium für Schulwesen anher bekanntgegeben, daß nach dem Erscheinen des Gesetzes vom 13. Juli 1922 Nr. 226 S. d. G. u. B. und nach den ministeriellen Weisungen zur Durchführung einzelner Teile desselben Gesetzes Z. 74276 vom 24. 8. 1922 Gesuche um Einführung des Laienmoralunterrichtes an Volks- und Bürgerschulen nicht mehr in Verhandlung gezogen werden können.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß das „kleine Schulgesetz“ unmöglich rechtlich als Anlaß zum Verbot des Laienmoralunterrichtes an Volks- und Bürgerschulen genommen werden kann, da dieses Gesetz diesen Unterricht, wenn auch nicht ausdrücklich festlegt, so doch auch nicht als fakultativen Gegenstand verbietet.

Parteitag der slowakischen Sozialdemokraten. Aus Preßburg wird vom Tsch. P. D. gemeldet: Gestern fand in Baňka Bystrica eine Zusammen-

Tages-Neuigkeiten.

Die Prager Kraus-Jagd in der „Fadel“. Karl Kraus macht sich im neuesten Heft seiner „Fadel“ (Nr. 613-621) den Späß, alles zusammenzustellen, was in Prag für und wider die Aufführung der „Lezten Macht“ geschrieben worden ist, nachdem die „Bohemia“ ihren unrühmlichen Feldzug gegen das Werk begonnen hatte. So gesichtet, geordnet und von Kraus durch die entsprechenden Glossen ergänzt, bekommen die verschiedenen Noten und Aufsätze den Wert von Zeitdokumenten, grinst einem aus ihnen die frische bürgerliche Verlogenheit und Heuchelei, bürgerlicher Pressekorruption und journalistischen Strauchritteriums entgegen. Der Tag für Tag leuchtete, was die „Bohemia“ schrieb und die Herren Dr. Kassa, Binder, Weinert und Kramer erklärten, behaupteten und leugneten, würde sich der grotesken Widersprüche zwischen ihren Aussagen von gestern, heute und übermorgen vielleicht nicht bis ins letzte bewußt. Jetzt, in der Zusammenstellung von Kraus, kann man die alles zugehenden und alles in Abrede stellenden Stilübungen der Ehrenmänner nachschmeckend genießen, kann mit vorsichtig gehaltenem Atem zuschauen, wie sie einander zuerst mit Jauche und dann mit Parfüm besprechen, und darf angeekelt die einzelnen Linien und Schraffen zum Gemälde des „guten Bürgers“ von heute summieren. Oder um mit Kraus' Worten zu schließen: Die vereinigten Aufsätze „überliefern das Gesamtbild eines der größten kulturellen, politischen und journalistischen Skandale der Zukunft und bilden zugleich den stärksten Beleg für die Wirksamkeit einer Pressemacht, welche ihre schandbaren und verbrecherischen Absichten gegen alle schärfste Recht bis zur vollen Ausbeutung der Wehrlosigkeit durchzusetzen, hinter den Formen der Harmlosigkeit und staatsbürgerlichen Korrektheit zu entwickeln vermag und weder vom Strafgesetz noch vom Ehrgefühl einer Epoche zu fassen ist, die den Werkführern einer vollbrachten Schändlichkeit nicht zur Achtung, sondern zur Achtung verhilft.“

Mariervoll-öffentlicher Transport jugendlicher Häftlinge. Die Abgeordneten Genossen Hillebrand, Holtscher, Blatny und Genossen haben in der Dienstausübung des Abgeordnetenhauses an den Justizminister folgende Interpellation eingebracht: „Die Ueberfüllung des Kreisgerichts in Eger hat dazu geführt, daß fast wöchentlich von Eger aus Transporte von Häftlingen in die Bezirksgerichte Asch und Elbogen erfolgen. Sechs, acht oder zehn junge Menschen, aneinandergelagert, begleitet von zwei, drei oder vier Gendarmen, treten in Eger den Weg zum Bahnhof an. In Asch angelangt, geht der Marsch vom bayerischen Bahnhof eine gute halbe Stunde lang zum Bezirksgerichte, nicht selten junge Burschen, kaum der Schule entwachsend, aneinandergelagert, auch Mädchen, nicht älter, ebenfalls zusammengepackt. Sind diese jungen Menschen wirklich solche Schwerverbrecher? Ist das Mittelalter über uns hereingebrochen? Muß zur Strafe noch die öffentliche Schaustellung hinzugefügt werden? Sind es nicht Folterqualen, an den Händen gebunden durch die Straßen einer Stadt getrieben zu werden? Wird dadurch nicht jedes Schamgefühl erlöset? Trägt durch diese empörende Art des Transportes nicht der Staat selbst dazu bei, die derart behandelte Jugend mit Groll und Trotz zu erfüllen, aus ihr Menschen zu machen, die künftig erst recht für das Gefängnis reif werden? Für die Barbarei dieses Transportes fehlt jeder Schein einer Berechtigung und eine andere geartete Durchführung wäre sehr leicht möglich. Von Eger trifft in Asch ein Zug kurz vor 11 Uhr ein und wenige Minuten später geht ein Zug der Asch-Rohrbacher Bahn vom gleichen Bahnhofe ab, der diese Transporte von Häftlingen bis zur Station Asch-Hoferstraße weiterzuführen könnte, sodas dann nur wenige Minuten bis zum Bezirksgerichtsgefängnis zurückzuführen wären. Wenn das bisher unterlassen wurde, so ist es nur auf eine durch nichts zu rechtfertigende Ersparungswut zurückzuführen, die die Häftlinge zu büßen haben. Die furchterlichen Jahre des Krieges haben insbesondere auch auf die Jugend verheerend gewirkt, die dafür nicht die Schuld trifft, sondern die das Opfer dieser schrecklichen Zeit geworden ist. Nun hat eine beispiellose Wirtschaftskrise und eine ungeheure Arbeitslosigkeit Hunger und Elend hinzugefügt. Das sind die wesentlichsten Ursachen der Vernehmung der Straffälle, deren Zahl aber nicht gemindert werden kann dadurch, daß man in den jugendlichen Häftlingen rücksichtslos jedes Schamgefühl erlöset, daß man sie, wie Schwerverbrecher zusammengepackt, durch die Straßen der Stadt schleppt, sondern nur dadurch, daß man der wesentlichsten Ursache der Gesetzesverletzung, der sozialen Not planmäßig entgegenwirkt. Die Interpellanten fragen deshalb den Minister, ob er bereit ist, unverzüglich die Anordnung zu treffen, daß solche Transporte nach Möglichkeit unterbleiben und daß, wenn sie unvermeidbar sind, die öffentliche Schaustellung möglichst unterbleibt und der Transport, soweit als möglich per Bahn erfolgt?“

Nonnen als „Pflegerinnen“. Ein krasser Fall von beispielloser Bestialität katholischer Nonnen wird aus Karwin in Mählesien berichtet: Ein zwölfjähriges Mädchen war, da sich bei ihm Spuren von Schlafkrankheit zeigten, aus Freistadt ins Karwiner Gemeindepital gebracht worden. Die Nonnen, die in diesem Spital die Pflege der Kranken durchführten, kümmerten sich jedoch wenig um das körperliche Wohlbefinden des Mädchens, sondern hielten es für ihre wichtigste Aufgabe, das Mädchen, das der tschechischen National-

kirche angehört — also eine „Keterin“ ist — wieder der allein seligmachenden Kirche zurückzuführen. Das kranke Mädchen mußte fleißig fasten und die Nonnen wendeten auch bei ihrer Erziehungsarbeit die Prügelstrafe in so hohem Maße an, daß das Mädchen am ganzen Körper Wunden und Stricmen und unterm Auge eine Verletzung davontrug. Eine Wunde löst darauf schließen, daß das Mädchen auch mit einem Stiefelschlag getreten wurde. Einigen Frauen, die von dem Wüten der Nonnen erfahren hatten, gelang es, das gemarierte Mädchen seinen Peinigerinnen zu entreißen und wieder nach Freistadt zurückzubringen. Der Freistädter Bezirksarzt ließ die Mißhandelte photographieren, konstatierte die Wunden und erstattete die Anzeige. Die Untersuchung gegen die „menschenfreundlichen“ Nonnen ist derzeit im Zuge. — In der Wiener „Arbeiterzeitung“ berichtet ein Genosse über einen anderen merkwürdigen Vorfall, der sich in dem von der katholischen Frauenorganisation für Oberösterreich eingerichteten Kindererholungsheim in Ischl zugetragen hat. Das dreijährige Kind des Genossen war durch Vermittlung der In- und Auslandshilfe für tuberkulöse Kinder in das Erholungsheim nach Ischl gebracht worden und die Nachrichten, die er von dort über den Gesundheitszustand des Kindes erhielt, lauteten immer bestrebend. Der Genosse fuhr aber trotzdem zu Ostern nach Ischl, um sich von dem Befinden seines Kindes zu überzeugen. Als er am Ostermontag nach acht Uhr im Erholungsheim erschien, wurde ihm erklärt, daß er erst um einhalb 10 Uhr wiederkommen solle, da die Kinder eben in die Kirche gehen müßten. Als dann der Genosse um einhalb 10 Uhr sein Kind endlich sehen konnte, war er über dessen Aussehen so entsetzt, daß er es sofort aus dem Erholungsheim fortnahm. Die Nonnen, die er befragte, ob das Kind nicht Fieber habe, erklärten, daß es ein wenig marod gewesen sei, daß es jedoch ärztlich nicht behandelt wurde. Als das Kind dann in Ischl von einem Arzte untersucht wurde, stellte dieser Fieber, leichte Milzschwellung, starke schleimige Diarrhöe und abgetrocknete Brusteln nach einem Hautausschlag auf dem ganzen Körper fest. Eine neuerliche Untersuchung des Kindes in Wien konstatierte, daß der Hautausschlag von einer Infektionskrankheit und zwar Feuchtblattern herrühre. Die Nonnen, die in dem Erholungsheim zwar genau darauf achteten, daß die Kinder immer zur Kirche gehen mußten, hatten es nicht für nötig befunden, dem siebernden Kind mit seiner anstehenden Krankheit ärztliche Hilfe angedeihen zu lassen, und es aus seiner Umgebung — nahezu 100 erholungsbedürftigen Kindern — zu entfernen.

Sabstina wird gesucht. Das „Prager Tagblatt“ bleibt sich stets treu, versteht sich im Informaten. Vorne wird nur aufgenommen, was zur Konjunktur paßt, rückwärts aber findet alles Einlaß, was bezahlt wird, und dort steht gar nichts. Den Beweis liefert folgende Annonce, die das ehrenwerte Blatt der Spießer und Schieber gestern veröffentlichte:

Unabh. jung. Mann. süßamer Natur, sucht durch Korrespondenz resolute Dame ergänzender Wesensart kennen zu lernen. Chriffr. „D. S. M.“

Der „süßame“ Bursch, der die „resolute“ Dame mit ergänzender Wesensart sucht, läßt niemanden in Zweifel darüber, daß die Chiffre seines Informaten verschämt den „Sacher-Masoch“ andeutet. Aber was fragt das „Prager Tagblatt“ danach, ob es in einem Falle mit Dingen und Kupplern oder mit Sabstina und Masochisten sein Geschäft macht? Ihm ist es ganz wurscht, wer es benützt, wenn es nur bezahlt wird. So enthüllt sich die Wesensart zwischen dem Informaten, die sich prostituierten oder Prostituierte suchen und dem Leitblatt der honetten Bourgeoisie.

Von den deutsch-tschechoslowakischen Grenzbahnhöfen. Das Tsch. P. B. meldet aus Dresden: Zu den von verschiedenen tschechoslowakischen Mätern gemachten Mitteilungen über Verhandlungen wegen Abtretung der deutschen Bahnhöfe in den Grenzgebieten der Tschechoslowakei, in Reichenberg, Eger usw., wird von bahnamtlicher Seite in Dresden mitgeteilt, daß schon seit langem derartige Verhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei schwächen. Die großen Schwierigkeiten technischer und finanzieller Art seien aber so bedeutend, daß für absehbare Zeit mit einem positiven Ergebnis der Verhandlungen nicht zu rechnen sei.

Eine Niederlage der akademischen Reaktion. Der hervorragende Rechtsgelehrte Professor Dr. Hermann U. Kantorowicz, bisheriger Titularprofessor in Freiburg, ist auf den neu errichteten Freiburger Lehrstuhl für juristische Hilfswissenschaften (Staatsbürgerkunde, Rechtsphilosophie, Soziologie) berufen worden. Interessant ist die Vorgeschichte seiner Berufung. Der badische Landtag hat diese Professur neu geschaffen. Nach heftiger Debatte stimmten die beiden Rechtsparteien, Volksparteier Arm in Arm mit den Deutschnationalen, gegen die Bewilligung. Nicht etwa, weil sie gegen die wissenschaftliche Qualifikation des Professors Kantorowicz irgend etwas einzuwenden haben, sondern weil er ihnen als entschiedener demokratischer Politiker unangenehm ist. Hatte doch der Freiburger Historiker Professor v. Below, der überall da aufzutreten ist, wo sich die politische Reaktion in ein akademisches Mantelchen hüllt, aus Anlaß eines demokratisch-pazifistischen Artikels, den Professor Kantorowicz in einem Schweizer Blatt geschrieben hatte, eine Studentenhege gegen ihn zu entfesseln versucht. Allerdings ohne Erfolg. Der

allgemeine Studentenausschuss Freiburgs lehnte jede Stellungnahme gegen Professor Kantorowicz entschieden ab. Es ist erfreulich, daß jetzt durch die Berufung des Professors Kantorowicz in ein Ordinariat der Freiburger Hochschule mit der völligen Niederlage der akademischen und politischen Reaktion beendet ist.

Ein Kongress für innere Medizin in Wien. Seit Montag tagt in Wien der 35. Kongress für innere Medizin, zu dem zahlreiche Aerzte aus Oesterreich, Deutschland und auch aus dem übrigen Ausland erschienen sind. Bis her wurden behandelt Hirninfluenza, die sogenannte Kopfschrippe und die Vererbung. Im Kongresslokal wurde auch eine äußerst interessante Ausstellung eröffnet.

Die Prager Straßenbahn am 1. Mai. In der letzten Sitzung der Groß-Prager Verwaltungskommission wurde von tschechisch-sozialdemokratischer Seite im Hinblick auf die Zeitungsmeldungen, daß die Straßenbahn am 1. Mai verkehren werde, die Anfrage gestellt, ob die Nachrich, die antisozialistisch und gegen die Arbeiterschaft gerichtet sei, der Wahrheit entspreche. Bürgermeister Vozar erklärte, er müsse den Beschluß des Verwaltungsrates des Elektrizitätswerkes abwarten, worauf er die Anfrage beantwortet werde.

Die Ueberföhlung nach Groß-Prag soll eingeschränkt werden. Die letzte Sitzung der Zentralverwaltungscommission von Groß-Prag beschäftigte sich mit einem Antrag auf Herausgabe einer Verordnung, die die Einschränkung des Ueberföhlungsrechtes nach Prag und die Anmeldepflicht freigewordener Wohnungen und Räumlichkeiten sowie die Errichtung einer Wohnungsvermittlungsstelle beinhaltet. Der Antrag fand Annahme. Nach der Verordnung, die noch ausgearbeitet werden soll, dürfen in Groß-Prag Wohnungen vermietet werden an Personen, die in Prag einen Beruf ausüben, ferner an öffentliche Funktionäre, öffentliche Beamte und Angestellte, sowie an Eisenbahnangestellte; an Personen, welche in Prag das Heimatecht haben; an Arbeiter und Angestellte in Bergwerken, Fabrikein, gewerblichen, landwirtschaftlichen und Handelsunternehmungen in Prag; an Personen, die aus einer Wohnung in die andere innerhalb von Groß-Prag überföhlen, und an tschechoslowakische Staatsangehörige, die aus dem Auslande einreisen. Alle anderen Personen müssen zuerst die Bewilligung der Gemeinde einholen. Die Hausbesitzer sind verpflichtet, freigewordene Wohnungen und Räumlichkeiten innerhalb einer noch zu bestimmenden Frist dem Magistrat zu melden, der eine Vermittlungsstelle für Wohnungen errichten wird, die in der ersten Zeit kostenlos, später jedoch gegen einen kleinen Reglebeitrag Auskünfte erteilen wird.

Neueinführung von Schnellzügen Dresden-Berlin. Die deutsche Eisenbahnverwaltung meldet, daß vom 15. April d. J. an auf der Strecke Dresden-Berlin die am 1. Feber d. J. eingestellten Schnellzüge D 63 und D 64 wieder eingeführt werden. Diese Schnellzüge bilden eine Fortsetzung der Schnellzüge 305/306 Budapest-Prag-Bodenbach (Abfahrt Prag Majarskabhof 9 Uhr 10 Min., Ankunft Prag Majarskabhof 20 Uhr 40 Min.)

Verurteilung eines Finanzers. In Eger wurde der tschechische Finanzier Bron wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu vier Monaten Kerker bedingt verurteilt, weil er vor einigen Monaten bei Schönkind an der bayerischen Grenze einen Schmuggler erschossen hatte.

Töbliche Unglücksfälle. In Seestadt ist dieser Tage die zweijährige Tochter der Familie Schmiechmaier einem eigenartigen Unfall zum Opfer gefallen. Das Kind setzte sich auf eines an einen Zaun lose angelehntes schweres Tor, das umkippte und dem Kind die Schädelschuppe zertrümmerte. — Der 16jährige jugendliche Bergarbeiter Knecht aus Zwodau wurde in dem alten Abbau des ehemaligen Kohlenwerkes an der Gröslacher Straße bei Falkenau verschüttet. Bevor man Knecht herausgraben konnte, war er erstickt. Trotz des Verbotes der Gendarmen wird nämlich in diesem alten Abbau von der Bevölkerung Kohle gegraben. Die Leute treiben unschamhaft und ohne Sicherung Stollen in das Erdreich, so daß es oft zu Verschüttungen kam. Bei einer dieser Verschüttungen fand eben dieser Tage Knecht den Tod.

Gerichtssaal.

Ein Todesurteil des Prager Schwurgerichtes.

Die Sühne für den Raubmord bei Klanovic. Prag, 10. April. Im Oktober des Vorjahres wurde im Walde bei Klanovic die Leiche einer Frau aufgefunden, die an einen Baum aufgehängt war. Da man an der Leiche blutige Verletzungen bemerkte und auch an dem Orte, wo sie aufgehängt wurde, Spuren eines Kampfes festgestellt werden konnten, tauchte sofort der Verdacht auf, daß es sich hier nur um einen Mord handeln könne. Durch die sofort angestellten Nachforschungen wurde sichergestellt, daß die Ermordete das Dienstmädchen Theresia Pelz aus Karolinenthal sei. Die weiteren Erhebungen führten zu der Verhaftung des 45jährigen Josef Petříček aus Prag-Zizkow, der — verheiratet und Vater von drei Kindern — im Repräsentationshaus in Prag als Aushilfsnachtpoortier angestellt war. Petříček ist bereits zweimal vorbestraft. In der Untersuchungschaft gestand Petříček seine Tat ein. Er hatte sich heute vor den Prager Geschworenen wegen Raubmordes zu verantworten. Aus der Anklageschrift und aus dem Verhöre mit Petříček sowie aus den Zeugenaussagen ergibt sich folgender Tatbestand: Theresia Pelz kam im Jahre 1920 nach Prag, diente hier als Dienstmädchen, bis sie im September 1922 aus ihrem letzten Dienste austrat und sich durch Haharbeit erhalten wollte. Sie wohnte bei einer Frau Köhler in Karolinenthal; dort lernte sie Petříček kennen, der damals bereits im Repräsentationshause angestellt war. Zwischen den beiden

entwickelte sich ein Verhältnis, dessen Charakter noch heute nicht klar ist. Petříček behauptet nämlich, daß die Pelz ihm nachgelassen sei und von ihm verlangte, mit ihr ein Verhältnis anzufangen. Er habe jedoch dieses Ansuchen der Pelz mit der Begründung zurückgewiesen, daß er doch verheiratet und Vater von drei Kindern sei. Die Pelz wollte jedoch nicht nachgeben und versuchte Petříček zu überreden, mit ihr in die Slowakei ein neues Leben anzufangen. Durch Zeugenaussagen ist jedoch erwiesen, daß sich Petříček der Pelz gegenüber als Witwer ausgegeben und dieser auch versprochen hat, ihr eine Wohnung zu verschaffen. Am 13. Oktober 1922 verschaffte Petříček tatsächlich der Pelz eine neue Wohnung bei einer Frau Korf. Die Pelz erklärte jedoch bei der Ueberföhlung, daß sie in der neuen Wohnung nur drei Tage wohnen werde. Petříček legte an diesem Tage zehn Kronen bei einer Sparkassa ein und füllte dann das Sparkastabuch auf 15.000 K., das er der Pelz übergab. Am 17. Oktober kam dann Petříček zur Pelz und erklärte ihr, daß sie sich bereit halten solle, da beide zur Hochzeit des Bruders nach Tirna fahren müßten. Um 4 Uhr erschien Petříček am Majarskabhof, doch die Pelz war noch nicht dort. Petříček hatte bereits seinen Plan entworfen. Während der Fahrt wollte er die Pelz überreden, allein in die Slowakei zu fahren; sollte sie ihm nicht nachgeben wollen, so war er entschlossen, sie irgendwo umzubringen. In der Zwischenzeit — der nächste Zug nach Tirna fuhr erst um halb 6 Uhr — ging Petříček in die Goldmosergasse, kaufte dort in einem Geschäft einen Strick und in einer Papierhandlung Briefpapier und Kuvert. Im Wartesaal des Majarskabhofes schrieb er einen Abschiedsbrief, in dem eine gewisse Franziska Horak vom Leben Abschied nimmt. Diesen Brief wollte er der Pelz nach der Tat ins Kleid stecken, um so Selbstmord vorzutäuschen. Zum halb 6 Uhr-Zuge kam dann die Pelz auf den Bahnhof. Die beiden fuhren nach Tirna hinaus und gingen dort zur Försterei und weiter durch den Wald. Bei einer Waldlichtung setzten sie sich nieder und Petříček erklärte der Pelz, daß er sie, daß sie nach der Slowakei nicht fahren wolle, nun umbringen müsse. Er zog den Strick aus der Tasche und legte ihn dem Mädchen, das ihm sagte: „Nach, was du willst“, um den Hals. Dann zog er die Schur an, drückte den Kopf des Mädchens gegen die Erde und erwürgte es. Nach der Tat hängte er die Leiche an einen Baum, wobei er sich den Mantel blutig machte, da das Mädchen, dem er auch eine Stiehwunde auf dem Kopfe beigebracht hatte, aus der Wunde blutete. Dann packte er die Sachen des Mädchens in deren Mantel und steckte ihr den Abschiedsbrief hinter die Brust. Dabei will er das Sparkastabuch des Mädchens — nicht das, welches sie von Petříček geschenkt erhielt — das sie hinter der Bluse trug, gefunden haben. Mit dem nächsten Zuge fuhr Petříček aus Böhowitz nach Prag zurück. Die Kleider des Mädchens zerriß und vernichtete er teilweise in der Portiersloge im Repräsentationshaus, wobei er von seiner Frau überrascht wurde. Er beruhigte jedoch seine Frau und erklärte, daß die Sachen von einem Diebstahl aus Kofstol herkommen. Am nächsten Tage kehr er dann von dem Sparkastabuch der Pelz 1822 K — die ganze Einlage — und kaufte verschiedene Sachen ein. Doch schon zwei Tage nach der Tat wurde er festgenommen und dem Landesgerichte eingeliefert.

Vor den Geschworenen bestritt Petříček jede Raubmordabsicht. Er habe das Mädchen nur deshalb ermordet, weil er sich ihrer auf eine andere Weise nicht entledigen konnte. Vor den Geschworenen versuchte Petříček daher auch alle Momente, die für einen Raubmord sprechen, abzuschwächen oder zumindest in einem anderen Lichte darzustellen. Zum Verhöre sprach er leise und sichtlich unter dem Eindruck des Verhörnisses, das über ihn schwebte. Und als er dem Vorsitzenden — den Präsidenten Kratochvíl — auseinandersetzte, wie er das Weib, das ihm auf dem Tatorte noch kurz vor dem Morde nochmals ihre Liebe gestand und das ihm freigestellt hatte, mit ihr zu machen, was er wolle, mit kalter Berechnung umgebracht hatte, da brach der Angeklagte vollständig zusammen. Seine Stimme versagte, ein Schüttelfrost überfiel ihn und Gerichtsdiener mußten den Schwankenden auf die Anklagebank niederlegen. Dieser Zwischenfall rief natürlich im vollbesetzten Saale großes Aufsehen hervor und es dauerte einige Minuten, bevor der Vorhänge im Verhöre fortfahren konnte. Immer wieder und nochmals am Schlusse des Verhöres verfiel der Angeklagte, daß ihm jede Raubmordabsicht ferngelegen sei.

Die Zeugenaussagen waren durchaus belastend für Petříček. — Der Prozeß wurde in später Nachtstunde zu Ende geführt. Der Gerichtshof fällt nach dem Wahrspruch der Geschworenen, die die Schuldfrage auf Raubmord mit zehn Stimmen „Ja“ beantwortet hatten, nach halb 11 Uhr nachts das Urteil:

Petříček wird zum Tode durch den Strang verurteilt.

Der Gerichtssaal, der bis zur Urteilsfällung dicht gedrängt voll Menschen war, leerte sich trotz der späten Nachtstunde nur langsam. Lebhaft debattierend entfernten sich die Menschen: Prag hat wieder einen lokalen Sensationsprozeß gehabt. — Petříček erlitt bei der Urteilverkündung einen epileptischen Anfall.

Eine elfköpfige Räuberbande vor den Geschworenen.

Raschau, 9. April. Vor dem hiesigen Schwurgerichte wurde heute nach dreitägiger Dauer das Verfahren gegen elf Mitglieder einer Räuberbande beendet, welche zu Weihnachten vorigen Jahres einjam gelegene Bauerngüter in der Umgebung von Raschau überfallen und ausgeplündert hatte. Den Geschworenen wurden im ganzen 240 Fragen vorgelegt. Das Geschworenengericht verurteilte sämtliche elf Angeklagten wegen des Verbrechens des Raubes und der Vergewaltigung zu ein bis zu acht Jahren schweren Kerkers.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Protest der Gewerkschaftsinternationale gegen Poincaré. Die Vorkommnisse in Essen haben dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam Veranlassung gegeben, sich an sämtliche angeschlossenen Landesorganisationen mit dem Ersuchen zu wenden, beim französischen Ministerpräsidenten Poincaré gegen das Vorgehen des französischen Militarismus und die Erschießung friedlicher Arbeiter zu protestieren, um so den französischen Machthabern die einmütige Auffassung der Arbeiter der ganzen Welt zur Kenntnis zu bringen. In Befolgung dieses Ersuchens hat der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschchoslowakei an Poincaré die Protestkundgebung gerichtet, die wir in unserem gestrigen Blatte veröffentlichten. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß ordentliches Mitglied der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale das Odobrovské Druženi Československé in Prag ist.

Die großen und die kleinen Zuckerverarbeiter am Werke. Der freche Raubversuch des Zuckerkartells ist noch nicht Wirklichkeit geworden, der alte Zuckerpreis ist noch in Kraft — und schon häufen sich die Fälle, daß die kleinen Zuckerverarbeiter, die es den großen Vorbildern abgesehen haben, eigenmächtig willkürliche Zuckerpreise festsetzen. Man hört von Zuckerpreisen bis hoch Kronen für ein Kilogramm, die von den Geschäftsleuten bereits verlangt und wahrscheinlich nicht festgesetzt werden. Diesem Zucker müßte mit der Lohndrucke Strenge sofort begegnet werden, sollen in der Republik nicht Zustände eintreten, die an die blutigen Tage des alten Oesterreich, an Graslitz und andere Orte erinnern. Wenn es auch als ausgeschlossen bezeichnet werden kann, daß das verbrecherische Unternehmen des Zuckerkartells glücken wird, so muß es dennoch Befremden erregen, daß man von Regierungsseite, deren Zierfuss nicht die Schweigensart ist, über die drohende Zuckerverwertung nichts zu sagen notwendig findet.

Fremde Arbeitskräfte in den verwüsteten Gegenden Nordfrankreichs. Das Sekretariat der Bauarbeiterinternationale macht in seinem Mitteilungsblatt auf die Gefahr aufmerksam, der sich die Arbeiter aussetzen, die in den verwüsteten Gebieten Frankreichs Arbeit annehmen, ohne vorher bei ihrer Organisation Erkundigungen eingeholt zu haben. Das Sekretariat macht in diesem Zusammenhang Angaben über die „schlechten, oft skandalös schlechten“ Arbeitsbedingungen, die gewisse französische Arbeitgeber den fremden Arbeitnehmern aufzwingen versuchen. — Wäre es nicht die Pflicht besonders auch der tschechoslowakischen Regierung, daß sie sich vergewissern, unter welchen Bedingungen die unter ihrer Patronanz als Massenzugwaren nach Frankreich verfrachteten tschechischen Arbeiter die sauer verdienten Lohnfranken erarbeiten? Es ist doch kaum anzunehmen, daß der alliierte französische Ausbeuter justament den tschechischen Arbeiter menschlicher behandeln wird, als seine anderen nicht weniger befreundeten belgischen, polnischen und italienischen Arbeitsflaven, von welchen die Bauarbeiterinternationale weiß, daß sie unter „schlechten, oft skandalös schlechten“ Arbeitsbedingungen Frankreich wieder aufbauen!

Bergbauproduktion im Jahre 1920. Die jenseit erschienenen Nummer 11 der „Mitteilungen des Statistischen Staatssamtes“ veröffentlicht die Ergebnisse der Bergbauproduktion in der Tschchoslowakischen Republik im Jahre 1920. Diese Daten nach standen im Berichtsjahre 505 Gruben im Betriebe, davon 154 Steinkohlen- und 258 Braunkohlengruben. Der Wert der im Jahre 1920 gewonnenen Mineralien betrug 3.271.479.951 Kč; hievon entfielen 1.579.147.926 Kč (48,27 % der ganzen Förderung) auf Braunkohle, 1.452.395.668 Kč 44,39 % auf Steinkohle, 155.681.178 Kč auf Eisenerz, 29.639.396 Kč auf Silbererz, 3.793.520 Kč auf Gold, 25.275.000 Kč auf Naphtha. Die bei der Bergbauproduktion verbrauchten Materialien bewerteten sich auf 1.189.490.504 Kč. Beim Bergbaue waren im ganzen 158.657 Arbeiter und Aufseher beschäftigt; von dieser Anzahl entfielen 78.688 Personen (52,23 %) auf die Steinkohlegewinnung, 56.480 (37,49 %) auf die Braunkohlegewinnung, 7.756 auf die Eisenerzgewinnung und 2.996 auf die Silbererzgewinnung.

Der Bergarbeiterstreik in Steiermark zum Teil beigelegt. Wie wir bereits mitteilten, ist es zwischen der Organisation der Bergarbeiter und der Steirischen Alpen Montangesellschaft Samstag Nacht zu einer vorläufigen Einigung im steirischen Bergarbeiterkonflikt gekommen. In Graz tagte Montag eine Konferenz sämtlicher Revierräte, die den streikenden Bergarbeitern die Annahme des zwischen dem Bergarbeiterverband und der Alpen Montangesellschaft unter Mitwirkung der steirischen Landesregierung vereinbarten Vergleiches empfahl. Ueber die Lohnfragen wurde Dienstag mit der Alpen besonders verhandelt. Damit erscheine der Streik in Obersteiermark beendet, in Mittelsteiermark wird der Kampf mit voller Schärfe fortgesetzt. Die Konferenz der Betriebsräte und der Verbandsvorstand der Bergarbeiter haben beschloffen, alle finanziellen und moralischen Mittel aufzuwenden, um den endgültigen Erfolg auch in Mittelsteiermark sicherzustellen.

Vor einer Bankbeamtenbewegung in Deutschland. Dem Markturkundpunkt des reichsdeutschen Bankwesens eine Konjunkturperiode, wie sie in Deutschland früher nie gekannt wurde, und die, sollte sie im Augenblick vorübergehend etwas nachgelassen haben, den Banken weitere Milliarden-

gewinne einbringt. Nicht im gleichen Maße profitierten die Bankangestellten Deutschlands von diesen goldenen Geschäftsträgern. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, haben die Organisationen der deutschen Bankbeamten an den Reichsverband der Bankleitungen das Ersuchen gerichtet, Verhandlungen über eine Erhöhung der Bezüge einzuleiten. Die Banken haben daraufhin den Beamtenvereinigungen mitgeteilt, daß sie wohl bereit seien, die Margehälter um acht Prozent zu erhöhen, daß sie es aber ablehnen, darüber hinaus eine Erhöhung der Aprilbezüge vorzunehmen. Präsi lehnen sie daher Verhandlungen über diesen Teil der Beamtenforderungen als zwecklos ab. — Man sieht, in der Ausbeutung sind die Bankräuber aller Länder und Republiken gleichgeartet.

Lohnkämpfe in Temesvar. In der Temesvarer Großindustrie steht ein allgemeiner Fabriksarbeiterstreik vor dem unmittelbaren Ausbruch. Die Arbeiterchaft stellte vor einigen Wochen Lohnforderungen bis zum Höchstmaß von 35 Prozent, denen gegenüber die Unternehmer zuerst nur 15 Prozent, dann 25 Prozent zu bewilligen bereit waren. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Mittlerweile sind die Arbeiter der Eisen- und Metallbetriebe in Streik getreten und es besteht die Gefahr, daß dieser Ausstand auch auf die anderen Branchen übergreifen wird. — An dem lokalen Lohnstreik sind 4000 Arbeiter beteiligt.

Die Berliner Straßenbahn in finanzieller Bedrängnis. Die Berliner städtische Straßenbahn ist infolge ihrer schwierigen finanziellen Lage gezwungen, weitere große Betriebseinsparungen vorzunehmen. Es sollen erneut 1240 Straßenbahnangestellte entlassen werden. Aus der Uebersicht über den Personalstand der Straßenbahn ergibt sich, daß das Personal von 19.311 Köpfen im Jahre 1921 auf 12.870 Köpfe im März 1923 verringert worden ist.

Schwacher Rückgang der Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Wie uns aus Wien gemeldet wird, machen sich in den letzten Tagen keine Rückgänge in der Arbeitslosenbewegung bemerkbar. Am 24. März waren in Wien 100.407 Arbeitslose gemeldet, am 9. d. nur noch 95.016, bei den Metallarbeitern beträgt die Zahl der Arbeitslosen 24.803 gegen 25.090 vor 14 Tagen. Auch in den übrigen Industrien sind die Rückgänge natürlich minimal.

Neu'enturfe.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Frank 16,30'00
Berlin	Mark 631'58
Wien	öherr. Kr. 2131'00

Prager Kurse am 10. April.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1845'00	1240'00
10.000 Mark	15.87'50	18.87'50
100 belg. Francs	109'25	240'75
100 schweiz. Francs	621'75	624'25
1 Pfund Sterling	159'60	160'50
100 Lire	169'75	171'25
1 Dollar	34'20'00	34'00'00
100 franz. Francs	280'25	281'75
100 Dinar	34'25'00	34'75'00
100 ungar. Kronen	75'25'00	79'25'00
10.000 poln. Mark	7'74'00	8'74'00
10.000 öherr. Kronen	4'67'50	5'17'50

Züricher Schlusskurse am 10. April.

	Geld	Ware
Paris	38,9'00
London	25,46'00
Berlin	0,02,58'00
Mailand	27,10'00
Sankt Petersburg	21,44'00
Wien	0,00,70'90
Pudapest	0,12'00
Braun	16,25'00
New York	5,45'75
Belgrad	5,40'00
Warschau	00,12'50
Wien gest.	0,00'00

Vorträge.

Adolf Hoffmann über Erziehungsfragen. Am 6. April hielt im Rahmen des Vereines „Freier Gedanke“ gemeinsam mit der „Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker“ und dem „Verein deutscher Arbeiter“ der geweseene Unterrichtsminister Genosse Adolf Hoffmann, Reichstagsabgeordneter aus Berlin, einen Vortrag über das Thema „Der Kampf des Freiheitskämpfers gegen die Reaktion“. Unter diesem Titel verbargen sich Ausführungen, die den Eindruck einer überaus persönlichen Vermittlung. Einleitend skizzierte der Vortragende aus eigenen Lebenserfahrungen. Von seinem neunten Lebensjahre an als Waisenkind mitten ins Leben gestellt, mußte er alles, was Bildung und Kultur heißt, durch eigene Kraft erwerben. Als Vater von acht Kindern, gelang es ihm, ihre Befreiung vom Religionsunterricht durchzusetzen — ein im damaligen Deutschland nicht leichtes Beginnen. Beim achten Kinde allerdings stellten sich Schwierigkeiten ein. Das doch etwas freisinnigere Regime früherer Tage war von einer kräftigeren Reaktion abgelöst worden und Hoffmann wurde verhalten, seinem Sohne den Religionsunterricht einer staatlich anerkannten Konfession besuchen zu lassen. Der Erfolg dieser Verurteilung war aber nicht der von den Behörden gewünschte, da Hoffmann sein Kind nunmehr in den mosaischen Religionsunterricht schickte. Als erster deutscher Unterrichtsminister nach dem Umsturz versuchte er das Unterrichtsministerium auf eine moderne, allen reaktionären Einflüssen entzogene Grundlage zu stellen, was ihm dank seiner kraftvollen Persönlichkeit gewiß gelungen wäre, wenn die politischen Umstände ihm eine längere Tätigkeitsdauer besichert hätten. Unter vielem anderen hat aber Hoffmann doch erreicht, daß die Kinder Konfessionsloser in Deutschland vom obligaten Religionsunterricht befreit sind. Die stärksten Eindrücke vermittelte jener Teil seiner Ausführungen, wo er über die Wichtigkeit der Erziehung sprach

und mahnende Worte an die anwesenden Eltern richtete, der Erziehung der Jugend, diesem kostbarsten Gute der Zukunft, eine bedeutendere Sorgfalt zu schenken, als dies gewöhnlich der Fall ist. Vor allem warnte er vor dem Aberglauben, der heute in der Erziehung des Kindes eine so große Rolle spielt. Nicht mit dem schwarzen Mann gedroht und dadurch das Angstgefühl des Kindes geweckt. Aber nicht nur damit, auch mit dem Polizeimann, mit dem zukünftigen Lehrer in der Schule, mit dem von der Arbeit und Mühe des Tages heimkehrenden Vater wird dem Kinde gedroht. Welche Schwierigkeiten bereiten solche Eltern dadurch dem Lehrer, mit dem sie Hand in Hand arbeiten sollen und dem sie das Vertrauen und die Liebe des Kindes rauben. Keine denkende Mutter würde die Worte „Warte, das werde ich dem Vater sagen“, aussprechen, wenn sie sich klarmachte, wie sie die Liebe des Kindes zum eigenen Vater und das Vertrauen des Vaters zu seinem eigenen Kinde dadurch untergräbt. Ueberhaupt wendet sich der Vortragende gegen unsere heutigen Erziehungsmethoden, die einseitig mit den Mitteln der Strafe und Belohnung, der Furcht und des gedankenlosen Gehorsams arbeiten. Die Ausführungen Hoffmanns, die die Bekanntschaft mit einem Meister des Wortes, einer starken von echter Güte und Menschenliebe erfüllten Persönlichkeit vermittelten, gipfelten in der Ueberzeugung, daß nur eine gründliche Aenderung in der Art unserer Erziehung und Selbsterziehung einen wahren Fortschritt herbeiführen könnte. Die zahlreiche erschienenen Zuhörerchaft dankte mit langanhaltendem Brausenden Beifall.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Mittwoch „Der Wippenigen Jähmung“. Morgen Donnerstag den neuinszenierte Grillparzer'sche Märchen-drama: „Der Traum ein Leben“. Freitag Verdis große Oper: „Ernani“ mit Richard Kuba als Gast. Samstag Gastspiel Eisenberg „Lohengrin“. Sonntag halb 3 Uhr: „Der Wildschütz“, Sonntag abends zum ersten Mal im Neuen Theater „Cheurlaub“.

Kleine Bühne. Morgen Donnerstag Kammeroper Gastspiel Eisenberg: „Così fan tutte“. Freitag und Sonntag Gastspiel Paul Morgan: „Einakter-Abend“. Samstag: „Die kleine Sünderin“, Sonntag halb 3 Uhr das padende Bronnen-Drama „Vatermord“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Falkenau. Unter dem Vorsitz des Genossen Schreyer fand Sonntag den 8. April im Hotel „Weber“ in Falkenau die halbjährliche Bezirkskonferenz statt, an der 32 Vertreter der verschiedenen Organisationen teilnahmen, davon 21 von den Lokalorganisationen. Genosse Kay erstattete den Bericht über die Tätigkeit der Bezirksorganisation im letzten Halbjahr, aus dem besonders hervorzuheben wäre, daß trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise und der noch immer andauernden Arbeitslosigkeit, trotz der Spaltungsarbeit der Gegner und trotz des Wütens der Reaktion unsere Organisation in ungebrochener Kraft besteht. Im Verhältnis zum ersten Halbjahr wurden insgesamt nur 2412 Stück Marken weniger umgelegt, was einen Verlust von 219 Mitgliedern gleichkommt. Effektiv besteht aber dieser Verlust nicht, weil es sich hier um arbeitslose Mitglieder handelt, die infolge ihrer Arbeitslosigkeit ihre Beiträge nicht leisten können, sonst aber noch unserer Organisation angehören. Genosse Kay berichtet weiter noch über die Arbeiten, die für die Arbeitslosen geleistet wurden. Abgesehen von den vielen Interventionen, die bei der Behörde mündlich und schriftlich durchgeführt wurden, haben sich unsere Genossen in der Bezirksverwaltungskommission und in den Gemeinden für die Arbeitslosenfürsorge betätigt. Die Schaffung von Notstandsarbeiten ist lediglich auf die Initiative unserer Genossen in diesen Körperchaften zurückzuführen. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen, worauf Genosse Wondral über die Beschlüsse des Reichsausschusses und unsere heurige Reise referierte. Er verwies auf die Notwendigkeit des Bestandes unseres Zentralorganes, für dessen Verbreitung mehr als bisher geschehen muß. Nach den Beschlüssen des Reichsausschusses ergibt sich die Möglichkeit, die Abnehmerzahl des „Sozialdemokrat“ zu vergrößern, ohne die Genossen zu belasten, die durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse außerstande sind, etwas dazu beizutragen. Der Vertrieb der Preßfondsmarken ist zur Finanzierung unseres Zentralorganes unbedingt notwendig. Der Preßfondbeitrag beträgt pro Mitglied und Halbjahr 2 K.. Um den Kampf unserer Partei finanziell zu unterstützen, haben außerdem jene Genossen und Genossinnen, die am 1. Mai keinen Verdienstentgang erleiden, jenen Betrag, der als Lohn oder Gehalt für diesen Tag enthält, zu opfern, was umso gerechter ist, wenn in Betracht gezogen wird, daß der überaus größte Teil unserer Genossen und Genossinnen, die im Tagelohn stehen, dieses Opfer schon jahrelang bringen. An der Debatte über die Ausführungen des Genossen Wondral beteiligten sich im überaus sachlicher Weise fast sämtliche Delegierte und es wurde einstimmig unter anderem beschlossen:

„Die Konferenz akzeptiert die Beschlüsse des Reichsausschusses hinsichtlich der Verreaktion für das Zentralorgan, sowie hinsichtlich der Finanzierung desselben durch die Einhebung eines Preßfondbeitrages und verpflichtet sich, dafür einzutreten, daß diese Beschlüsse ehestens zur Durchführung gelangen. Zu diesem Zwecke sind in allen Orten im Einvernehmen sämtlicher Arbeiterorganisationen, soweit sie die Grundsätze unserer Partei anerkennen, Versammlungen einzuberufen, in denen die nähere Art der Durchführung beauftragt wird. Die Einhebung der Mai-Spende ist ebenfalls vorzunehmen.“

Ueber die Genossenschaftsfrage sprach Genosse Kay, der die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung im Bezirke aufzeigte und darauf verwies, daß der Konsumverein Chodau immer mehr Fuß faßt. Die Eröffnung von Fleischverkaufsstellen in einigen Orten zeigt den Fortschritt auch auf diesem Gebiete. Am 9. April wird die G.C.C. der Konsumvereine in Falkenau ein großes Warenhaus eröffnen. Zum Punkte: Gemeindevahlen wurde ohne Debatte folgender Antrag angenommen: „Mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden Gemeindevahlen wird die Bezirkssekretarie beauftragt, zu geeigneter Zeit eine Konferenz sämtlicher sozialdemokratischer Gemeindevertreter einzuberufen, in welcher zu den Wahlen Stellung zu nehmen ist. Bis dorthin haben die Lokalorganisationen darüber zu wachen, daß die Eintragungen unserer Genossen und Genossinnen in die Wählerverzeichnisse reiflos durchgeführt werden.“ Nach Erledigung einer die Bildungsarbeit betreffenden Angelegenheit wurde diese äußerst wichtige Konferenz nach vierstündiger ununterbrochener Dauer mit einem Schlußwort des Genossen Schreyer geschlossen.

Bezirkskonferenz Reutischheim. Sonntag, den 15. April vormittags 9 Uhr Bezirkskonferenz im Arbeiterheim in Jauchtel. Tagesordnung: Berichte, Meißler, Die politische Situation und die Gemeindevahlen und Allfälliges.

Jugendbewegung.

Sozialistische Jugendorganisation Prag. Freitag, den 13. April, 8 Uhr abends, findet im Vereinsheim deutscher Arbeiter in Prag II, Smeischlagasse Nr. 27, ein Vortrag des Genossen Steinberg über „Was will der sozialistische Jugendverband?“ statt, zu welchem die Jugendgenossinnen und Jugendgenossen bestimmt erscheinen wollen. — Nachher gemütliches Beisammensein. — Jene Genossen und Genossinnen, welche Musikinstrumente besitzen, wollen dieselben mitbringen.

Turnen und Sport.

Schwimmen. Weismüllers Rekordleistungen. Mit der vor einigen Tagen gemeldeten Höchstleistung des amerikanischen Schwimmers Weismüller über 440 Yards liegen jetzt 22 Weltrekorde dem amerikanischen Schwimmverband zur Bestätigung vor. Weismüller beschränkt sich nicht mehr auf den freien Stil und das Rücken schwimmen, sondern wartet auch mit einem Brustrekord über 150 Yards mit 1:55 auf. Seine Liste weist folgende Zeiten auf: 40 Yards 0:18, 50 Yards 0:22, 100 Yards 0:52, 100 Yards 0:52, 100 Meter 0:58, 110 Yards 0:58, 150 Yards 1:25, 200 Yards 1:25, 200 Yards 2:05, 230 Yards 2:18, 200 Meter 2:15, 300 Meter 3:16, 400 Yards 4:40, 400 Meter 5:08, 440 Yards 5:05, 440 Yards 4:57, 500 Yards 5:46, 500 Meter 6:24, 75 Yards Rücken 0:46, 100 Yards Rücken 1:04, 100 Meter Rücken 1:12, 150 Yards Rücken 1:43, 150 Yards Brust 1:55. (Pr. Pr.)

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen

liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.

Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.

Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,

Tischlergasse 6, 1002
empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Druckmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postsparkasse Nr. 127.463